

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Winterarbeit.

I.

Es ist rüstig vorwärts gegangen mit der Gewerkschaftsbewegung im laufenden Jahre. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist das Heer der in freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter schon jetzt um einige Hunderttausend gewachsen. Der Metallarbeiterverband hat allein rund 75 000 Mitglieder gewonnen, unser Verband bisher rund 25 000. Ob die Christlichen und die Pirsch-Dunderschen eine ähnliche oder überhaupt eine Zunahme haben, ist unbekannt, tut aber auch wenig zur Sache, maßgebend ist für die Arbeiter wie für die Unternehmer das Wachstum der freien Gewerkschaften. Der Hauptgrund dieses erfreulichen Wachstums liegt in der Besserung des Wirtschaftslebens. Wohl hat auch die Steuerreform des schwarzblauen Blocks das Organisationsbedürfnis gefördert, indem sie eine allgemeine Verteuerung des Unterhalts herbeiführte, aber ohne den gleichzeitigen Aufschwung des Wirtschaftslebens wäre die allgemeine Entlastung im Grunde der Verzweiflung verbleibt. Erst die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften bei gleichzeitig fallendem Angebot weckte oder steigerte das Wertbewußtsein der Arbeiter, bereitete den Boden, auf dem aus der instinktiven Empörung die zweckbewußte Tat spritzen konnte.

Neue Scharen strömten den Gewerkschaften zu, die alten aber drängten zum Kampfe. Die Abrechnung der Gewerkschaften für das Jahr 1910 wird in der Rubrik Streiks und Ausperrungen Ausgabeposten aufzeigen, die bisher noch nie erreicht wurden. Aber den aufgewandten Summen entsprechen auch die erzielten Erfolge. Es ist die denkbar beste Antwort auf die Kassandraraufe, die vor Jahresfrist so laut ertönte, daß das Jahr 1910 Erfolgslöffeln bringen wird, die bisher noch nie erreicht wurden. Dabei läßt sich der Haupterfolg der Kämpfe im Baugewerbe und in der Metallindustrie gar nicht einmal in Ziffern festhalten. Diese Erfolge aber förderten wiederum mächtig die Organisationsarbeit. Es ist eine alte Erfahrung, daß nichts so überzeugend wirkt wie der greifbare Erfolg. Die günstige Konjunktur befindet sich aber noch auf ihrem aufsteigenden Ast. Wie lange sie anhalten wird, ist bei der Unberechenbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft nicht abzuschätzen, daß sie aber das nächste Jahr durchhalten wird, darf, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, als sicher gelten. Ebenso sicher ist dann aber, daß uns das kommende Jahr zahlreiche Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen bringen wird. Und für diese Kämpfe zu rüsten, die Bedingungen zu schaffen, die uns den Erfolg verbürgen — das ist die Aufgabe der nächsten Zeit. Eine dieser Bedingungen ist die Erziehung der neugewonnenen Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftlern. Und gerade diese Erziehungsarbeit ist vornehmlich eine Winterarbeit.

In Sommer ist es schwer, an die Mitglieder heranzukommen. Die weite Natur lockt mehr als die engen Versammlungsräume. Im Winter ist das anders. An den langen Abenden bildet eine anregende Versammlung eine angenehme Abwechslung. Dieser Auffassung stehen allerdings scheinbar die Klagen über schlechten Versammlungsbesuch entgegen, die aus zahlreichen Orten auch im Winter kommen. Aber nur scheinbar; in Wirklichkeit beweisen diese Klagen so lange nichts, wie nicht festgestellt ist, daß die Versammlungen zweckmäßig arrangiert und anregend, d. h. geeignet waren, das Interesse der Mitglieder zu wecken und wach zu erhalten. Gewiß wird es selten oder nie möglich sein, alle Mitglieder einer größeren Zahlstelle in die Versammlungen zu bekommen, aber ein wenig läßt sich dem gar zu schlechten Versammlungsbesuch durch zweckmäßige Organisation und geeignete Vorbereitung doch abhelfen. Jedenfalls muß gerade im kommenden Winter alles versucht werden, das Viertel- oder Hunderttausend neue Mitglieder der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit zugänglich zu machen. Vielleicht hilft die Beachtung nachstehender Ausstellungen und Vorschläge hier und da, den Versuch erfolgreicher zu machen.

Eine Versammlung muß vor allem zur Kenntnis des Personenkreises kommen, für den sie bestimmt ist. Das ist bei unsern Mitgliederversammlungen nicht immer der Fall. Sehr viele, selbst große Zahlstellen begnügen sich damit, die Versammlungsanzeigen als Inserat im Parteipresse aufzugeben. Das ist eine durchaus ungenügende Publikation. Einmal lesen nicht alle Mitglieder die Parteipresse — und die neugewonnenen am wenigsten — und zweitens geht ein Inserat, namentlich in größeren Blättern, im Angelegentlich unter; es wird oft selbst von aufmerksamen Zeitungslesern übersehen. Die Bekanntgabe muß also an die Mitglieder direkt erfolgen. Es ist Leute, wo allwehentlich die Beiträge eingeholt werden, auch gar nicht schwer, die Mitglieder durch Aufdruck auf die Zeitungen oder durch Befügung eines Handzettels auf die Versammlung hinzuweisen. In kleinen Zahlstellen mit beschränktem Geldmitteln können die Hilfskassierer der Zahlstelle die Ausgabe sparen, wenn sie die Mitglieder mündlich auf die Versammlung aufmerksam machen. Ueberdies ist eine kleine Typendruckerei, mit der man Zeit,

Ort und Tagesordnung der Versammlung auf die Zeitung oder einen beigefügten Zettel drucken kann, sehr billig. Sehr förderlich ist es dem Besuch, wenn die Versammlungen in einer Sitzung mit dem Vertrauensleuten beschlossen werden; dann ist gleich ein größerer Personenkreis informiert, der seinerseits für weitere Bekanntgabe sorgt.

Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis des Versammlungsbesuchs ist der Trinkzwang. Namentlich die weiblichen Mitglieder werden vielfach dadurch ferngehalten. Es muß deshalb mit aller Energie danach gestrebt werden, trinkzwangfreie Lokale für unsere Versammlungen zu erhalten. Die Entschädigung des Lokalhabers durch Lokalmiete muß die Regel werden. Dann muß aber zur Bedingung gemacht werden, daß während der Versammlung keinerlei Getränke — auch keine alkoholfreien — ausgeschenkt werden dürfen. Wer trinken will, mag sich in die Gaststube begeben. Der Verlauf der Versammlungen wird bald zeigen, wie zweckmäßig eine solche Maßnahme ist. Belasten die Ausgaben für Lokalmiete den Etat der Zahlstellen zu sehr, muß event. die dafür erforderliche Summe durch Umlage oder eine geringe Lokalsteuer — aber nicht durch Eintrittsgeld — aufgebracht werden. Der Verband würde bei diesem Verfahren ebenso gewinnen wie die Mitglieder.

Versammlungen sollen rechtzeitig beginnen und rechtzeitig zu Ende sein. Eine Versammlung, die länger als 2 Stunden oder bis nach 11 Uhr abends dauert, hat in der Regel ihren Zweck verfehlt und wirkt fast immer als Abschreckungsmittel für den weiteren Versammlungsbesuch. Wer den ganzen Tag hart gearbeitet hat, kann nicht des Abends noch 4—5 Stunden lang Vorträgen und Debatten folgen; und wer früh um 6 oder 7 Uhr zur Arbeit muß, kann nicht, ohne seiner Gesundheit zu schaden, bis 12 und 1 Uhr nachts in Versammlungen bleiben. Einer geschickten Versammlungsleitung wird es fast immer gelingen, die Versammlung zur rechten Zeit zu beenden; wenn nicht anders, so durch Vertagung. Wenn eine Versammlung nicht länger als ca. 2 Stunden dauern soll, so find damit gleichzeitig einen etwaigen Referenten Grenzen gesetzt. Und das mit Recht. Die Referate, bei denen der Redner nach 2 Stunden erklärt, daß er nunmehr zum eigentlichen Thema komme — es gibt noch solche Spezies, wenn auch weniger als früher —, schaden viel mehr als sie nützen. Ein Referat, das in 1 bis höchstens 1 1/2 Stunden nicht erledigt sein kann, muß zusammengebrochen oder geteilt werden.

Nun zu dem Inhalt der Referate einiges. Wer die Versammlungsthemata vieler Zahlstellen beachtet, wird finden, daß sie oft jeder Zusammengehörigkeit entbehren. Der blinde Zufall ist der Herrscher. Oft wird irgendein Redner gewonnen, dem dann die Bestimmung des Themas überlassen wird. Die Folge ist dann eine buntere Liste der in den Versammlungen behandelten Themata. Zum Beispiel folgende: 1. Versammlung: Die Unternehmerverbände. 2. Versammlung: Der Bauernkrieg. 3. Versammlung: Die Gewerkschaften und die Krise. 4. Versammlung: Ist der Mars bewohnt? 5. Versammlung: Der Ursprung der Familie. 6. Versammlung: Die Entwicklung der Luftschiffahrt. 7. Versammlung: Der Klassenkampf des Proletariats. — Daß bei diesem Durcheinander, die naturgemäß immer nur flüchtigere Behandlung der Themas noch in Rechnung gestellt, etwas Gesprächliches herauskommen kann, ist nahezu ausgeschlossen. Es muß in den Zahlstellen dahin gestrebt werden, das Vortragswesen nach festen Gesichtspunkten zu organisieren, die einzelnen Vorträge in einer Reihenfolge zu bringen, die einen gewissen Zusammenhang verbürgt. Es müssen geschlossene Einzelvorträge sein, die jeder für sich gehört werden können, die aber durch ihre Anordnung eine Vortragsreihe bilden, so daß der regelmäßige Versammlungsbesucher nicht planlos von einem Stoff zum andern gejagt, sondern mit jedem neuen Vortrag auf dem beschrittenen Wege weitergeführt wird. Ein solcher Aufbau der Vorträge könnte zum Beispiel so aussehen:

- a) Naturwissenschaft.
 1. Vortrag: Die Erde als Weltkörper.
 2. " Die Erde und ihre Bewohner.
 3. " Das Entwicklungsgesetz in der Natur.
- b) Volkswirtschaft.
 1. " Die Wirtschaft der Naturvölker.
 2. " Vorstufen der Volkswirtschaft.
 3. " Die Volkswirtschaft.
- c) Kapital und Arbeit.
 1. " Der Unternehmer in der Volkswirtschaft.
 2. " Der Arbeiter in der Volkswirtschaft.
 3. " Unternehmergewinn und Arbeitslohn.
- d) Die Gewerkschaftsbewegung.
 1. " Die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften.
 2. " Die freien Gewerkschaften.
 3. " Die gegnerischen Gewerkschaften.
- e) Unternehmerverbände.
 1. " Die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer.
 2. " Die Kampforganisationen der Unternehmer.
 3. " Die Kampfmittel der Unternehmerverbände.

- f) Der Wirtschaftsmarkt.
 1. Vortrag: Wirtschaftskrisen und ihre Ursachen.
 2. " Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung.
 3. " Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.
- g) Die Arbeit.
 1. " Der Arbeitsvertrag.
 2. " Das Koalitionsrecht.
 3. " Das Vereins- und Versammlungsrecht.
- h) Die Arbeiterversicherung.
 1. " Die Krankenversicherung.
 2. " Die Invaliden- und Altersversicherung.
 3. " Unfallversicherung.
- i) Der Verband und seine Einrichtungen.
 1. " Die Geschichte des Verbandes.
 2. " Der Aufbau des Verbandes.
 3. " Die Erfolge des Verbandes.

Der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten des Herzogtums Braunschweig für das Jahr 1909.

Der Jahresbericht der braunschweigischen Gewerbeinspektion, der im Juni erschienen ist, besteht aus einem schmalen Heftchen mit 19 Textseiten und einigen statistischen Angaben, so daß das ganze Heft nicht über 47 Seiten hinauskommt. Der Bericht des Vorjahres hatte einen Umfang von 49 Seiten; es hat den Anschein, als ob diese Berichte — mögen die Beobachtungen und das Material auch noch so groß sein — nicht über 50 Seiten lang sein dürfen. Daß unsere Regierung die Gewerbeinspektion nur als Erfüllung einer Anstandsspflicht gegen die ausgebeutete Arbeiterklasse betrachtet, ist bekannt. Die Gewerbeinspektion ist bei uns nicht da, um die Arbeiter ernstlich gegen die Willkür der Unternehmer zu schützen und gegen die gesundheits-schädlichen, lebensgefährlichen und ensittlichenden Einflüsse sicher zu stellen, sondern mehr als Dekoration.

Zwar kommt es vor, daß einzelnen allzu habgütigen Unternehmern einmal auf die Finger geklopft wird, aber die Strafen, die gegen die Unternehmer wegen Vergehen gegen die Arbeiterschutzgesetze verhängt worden, sind so niedrig, daß sie viel eher als eine Prämie für die Uebertretung gelten können. Sobald aber die Beamten es wagen sollten, einigermaßen für den Schutz der Arbeiter einzutreten, erhalten sie von dem Minister Hartweg einen Ruffel. Wir haben Beispiele hierfür. Vor einigen Jahren brachte der Großkapitalist Landtagsabgeordneter Fiedel-Braunschweig im Landtag eine Beschwerde vor, daß die Gewerbebeamten zu schwach vorgingen. Darauf versprach der Minister Hartweg Besserung. Ohne also die Beamten auch nur gehört, die Beschwerden Fiedels auch nur geprüft zu haben, verabschiedete der Minister der Gewerbeaufsicht einen ministeriellen Befehl, weil die Tätigkeit der Beamten dem Kapitalgewaltigen Fiedel mißfiel. Wäre die Arbeiterschaft Braunschweigs im Landtag ausreichend vertreten, dann hätte die Gewerbeinspektion mehr Rückhalt. Wie bei uns die Tätigkeit der Gewerbeaufsicht eingeschätzt wird, zeigt recht drastisch eine Ministerialverordnung vom 24. Februar 1910, in der erklärt wird, daß den Beamten auch noch andre außerhalb ihres Berufskreises liegende Beschäftigung übertragen werden kann. Inwiefern dieses geschieht, darüber gibt uns der Bericht leider keine Auskunft. Wir hätten gegen diese Heranziehung der Beamten zu anderer Arbeit durchaus nichts einzuwenden, wenn sie dazu die erforderliche Zeit hätten. Aber sie sind gar nicht einmal imstande, die Gewerbeaufsicht in ausreichendem Maße auszuüben, was man aus diesem Jahresbericht wieder deutlich ersehen kann. Die Revisionen sind so mangelhaft, daß es dringend notwendig wäre, daß die Gewerbeinspektion noch durch weibliche Kraft verstärkt würde. Statt dessen sollen die Beamten noch Nebenbeschäftigung machen.

Im Jahre 1909 sind in 1223 Fällen Revisionen gewerblicher Anlagen vorgenommen worden, davon waren 898 einmalige Revisionen, und nur in 137 Fällen wurde zwei- und mehreremal revidiert. Unfalluntersuchungen wurden, wie im Vorjahr, auch in diesem Jahre nur in 46 Fällen vorgenommen. Gegen das Vorjahr hat sich zwar die Zahl der Revisionen um 389 vermehrt, aber was will das besagen, wenn von 2134 Fabriken und Anlagen mit 45 987 Arbeitern nur 1035, also nicht einmal die Hälfte der Betriebe mit 34 758 Arbeitern revidiert wurden! Die statistischen Tabellen geben uns trotz ihrer Kürzlichkeit doch manchen wertvollen Aufschluß. Die Zahl der Fabriken, gewerblichen Anlagen usw. ist im Jahre 1909 von 2054 auf 2143 gestiegen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist dagegen von 48 039 im Jahre 1908 auf 45 987, also um 2052, gesunken. Bei den erwachsenen männlichen Arbeitern stellt sich der Rückgang sogar auf 2189. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist dagegen von 9379 auf 9456 gestiegen, auch die Zahl der beschäftigten jugendlichen Personen im

Alter von 14 bis 16 Jahren stieg von 2950 auf 2992. An diesen Zahlen ist zu ersehen, wie die Unternehmer die Krise auszunutzen. Kräftige Arbeiter werden entlassen, es kümmert sich kein Mensch darum, ob die Familien in Not und Elend zugrunde gehen; die Hauptsache ist Profit und abermals Profit! Die Familienwüter werden auf das Staufenplanter gemorrt und billige, gefällige Frauen und jugendliche Arbeiter werden an deren Stelle gesetzt. Interessant sind die Ausführungen im Bericht über die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie. Da heißt es:

„Ferner hat auch das neue Tabaksteuergesetz die Lage vieler in den Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter überaus ungünstig beeinflusst, indem zahlreiche Entlassungen von Arbeitern und Beschränkungen der Arbeitszeit vorgenommen wurden. Nach den amtlichen Feststellungen im September sind gegen das Vorjahr achtzehn Anlagen weniger im Betrieb gewesen, und die Gesamtzahl der in Zigarrenmachereien beschäftigten Arbeiter hat um 362 Personen abgenommen. Im Berichtsjahre waren nur noch 55 Anlagen im Betrieb und 630 Arbeiter wurden in ihnen beschäftigt. Zur Feststellung der Verhältnisse nach Inkrafttreten der Tabaksteuerordnung ist vom Deutschen Tabakarbeiterverband eine sich über die sämtlichen Zigarrenmachereien des Herzogtums erstreckende Erhebung veranlaßt worden, nach deren Ergebnis infolge des Steuergesetzes insgesamt 227 Personen arbeitslos und 180 in verkürzten Arbeitszeiten beschäftigt wurden.“

Mit dieser Feststellung erhebt die Gewerbeinspektion eine schwere, aber berechtigte Anklage, nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen alle diejenigen, die mitgeholfen haben, diese Steuern dem Volk aufzubürden. Leider vermischen wir im Bericht eine Statistik über die Lohnverhältnisse. Im vorjährigen Bericht war eine solche vorhanden. Nur der Vergewerbeamte hat eine Statistik aufgestellt, woraus zu ersehen ist, daß die Löhne nicht gestiegen, sondern gefallen sind. Der Durchschnitts-Tageslohn betrug im Jahre 1905 3,47 Mk., 1906 3,61 Mk., 1907 3,73 Mk., 1908 3,67 Mk. und im Jahre 1909 bei der ungeheuren Teuerung ist er sogar auf 3,50 Mk. gesunken.

Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahre ganz erschreckend groß, aber trotzdem wurden für die Arbeiterinnen noch 11 190 Ueberstunden bewilligt. Im Vorjahre waren es 9796. Sonnabends, wo die Arbeiterinnen nur 10 Stunden beschäftigt werden dürfen, wurden noch 3388 Ueberstunden gegen 1889 im Vorjahre bewilligt. Auch die Sonntagsarbeit ist im Jahre 1909 in viel größerem Umfang gestattet worden, als im Jahre zuvor. Für 7895 Arbeiter wurden 1909 20 934 Sonntagsarbeitsstunden bewilligt. Auch der Vergewerbeamte gestattete für alle Arbeiter zusammen 11 165 Sonntagsarbeitsstunden. Unfälle werden 1814 verzeichnet, gegen 1815 im Vorjahre. Von den 1814 Unfällen verletzten 12 tödlich. Recht traurige Mißstände herrschen noch in den Ziegeleien, denn die Unterdrückung der Ziegeleiarbeiter ist nahezu standeslos. Der Bericht sagt hierüber, daß in dem Schloßraum einer Ziegelei zur Unterbringung von 5 galizischen Arbeitern und zwar einem Ehepaar, einem Arbeiter und zwei weiblichen Personen, nur drei Arbeiterbetten vorhanden waren. Trotzdem fanden noch andre Unterkunftsräume leer. Der Beamte beklagt sich auch darüber, daß die Arbeiter von den Garderobenräumen und Wascheinrichtungen nicht immer den nöthigsten Gebrauch machen.

Der Bericht zeigt klar und deutlich, daß die Beamten auf Grund unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht in der Lage sind, die Arbeiterschaft gegen die Willkür der Unternehmer, gegen die gesundheitsgefährlichen, lebensgefährlichen und erniedrigenden Einflüsse der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu schützen. Daher ist es verdamnte Pflicht und Schamhaftigkeit, daß die Arbeiterschaft selber Hand ans Werk legt und sich der Organisation anschließt, denn eine feste Organisation ist der beste Arbeiterschutz. Darum muß die Parole lauten: Hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen!

Die letzte Session.

Der Reichstag ist nun programmgemäß am Dienstag wieder zusammengetreten. Infolge der gestrigen Nachwahl ist seine Zusammensetzung nicht wesentlich verändert. Die Sozialdemokratie rückt mit einer Fraktionsstärke von 52 Mitgliedern an die dritte Stelle, nur das Zentrum mit 106 Mitgliedern und die Konservativen Partei mit 58 Mitgliedern überlegen sie noch. Die Nationalliberalen mit 49 Mitgliedern und die Fortschrittlichen mit 45 Mitgliedern haben recht wenig zu sagen. Es folgen dann die Reichspartei mit 25 Mann, die Polen mit 20, die Landwirte und Mittelständler mit 19, keine Fraktion gebildet, 15 Abgeordnete an. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der alte Reichstag, von dessen Wiedererrichtung manche unvernünftigen Oberen schwärmen, nur noch über 100 Stimmen gegen 210 im Jahre 1907 verfügte, also keine entscheidende Mehrheit mehr besaß. Das zeigt die Schwäche des Reichstages, trotz der Behauptung, die Rechte der Reichstagen erweist hat, immer noch absolut, er kann nur 204 Stimmen rechnen oder, wenn die Nationalliberalen mit 229. Gegen diese Partei und arbeitervindliche Parteien bis zur Verhinderung, ungeachtet der Wahlkreisverteilung die Stellung verlor, keineswegs aber die Mehrheit des Reichstages hat, wird der Reichstag dieses Jahres in einer Weise zu schanden sein.

Bei dem man von diesen letzten Sessionen der Reichstagen Rede von dem Reichstag, wobei im Jahre 1907 die Nationalliberalen mit 49 Mitgliedern und die Fortschrittlichen mit 45 Mitgliedern haben recht wenig zu sagen. Es folgen dann die Reichspartei mit 25 Mann, die Polen mit 20, die Landwirte und Mittelständler mit 19, keine Fraktion gebildet, 15 Abgeordnete an. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der alte Reichstag, von dessen Wiedererrichtung manche unvernünftigen Oberen schwärmen, nur noch über 100 Stimmen gegen 210 im Jahre 1907 verfügte, also keine entscheidende Mehrheit mehr besaß. Das zeigt die Schwäche des Reichstages, trotz der Behauptung, die Rechte der Reichstagen erweist hat, immer noch absolut, er kann nur 204 Stimmen rechnen oder, wenn die Nationalliberalen mit 229. Gegen diese Partei und arbeitervindliche Parteien bis zur Verhinderung, ungeachtet der Wahlkreisverteilung die Stellung verlor, keineswegs aber die Mehrheit des Reichstages hat, wird der Reichstag dieses Jahres in einer Weise zu schanden sein.

und direkten Ausschreitungen enthalten, kurz, hätte sie gehandelt, wie man es von der Polizei eines zivilisierten Staates, eines Rechtsstaats verlangen darf, dann wäre es niemals in Moabit zu geübter Geistes gekommen, und auch der Janagel hätte keine Gelegenheit gefunden, im Irren zu stehen.

Der Senatpräsident Koffka, der in der „Leidenschaftlichen Zeitung“ kein gewöhnliches Verbot des Streikpostens ist, es verlangt, wird als mit dieser Forderung kein Glück haben. Herr Koffka sieht noch immer in den Arbeitswilligen, den „flüchtigen und Willigen“, keine Lämmer, die kein Klüßchen trüben, in den Organisierten aber reißende Wölfe. Gerade diese alte sozialpolitische Kinderfabel wird gegenüber dem Tatbestande des Moabiter Streikprozesses nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Man wird vielmehr zwischen Arbeitswilligen und Arbeitswilligen unterscheiden müssen. Auf der einen Seite steht der Mann immer mehr aufstrebende Typ des begabtesten armen Teufels, der aus Unwissenheit oder verwegener Not seinen kreisenden Kameraden in den Rücken fällt und der bei entsprechender Aufklärung und Hilfeleistung sehr bald bereit sein wird, seinen Fehler wieder gut zu machen. Auf der anderen Seite steht der moderne Streikbrecher, der Streikbrecher aus Prinzip und Prinzip, der in keinem Handwerk sehr wenig Verstand weiß, desto besser aber versteht, den Knüttel und den Revolver zu führen. Diese Mittelskandeln, die überall einfallen, wo durch Streik Arbeitsplätze frei werden, können zwar den Betrieb nicht aufrechterhalten, dafür suchen sie die Streikenden einzuschüchtern, und sie Krawalle inszenieren und das Einschreiten der Behörden heraufzuredern, die dann prompt gegen die Arbeiter Partei ergreifen.

Die Organisation des Streikbruchs als kapitalistischer Betrieb, wie sie im Moabiter Streik vor aller Welt aufgedeckt wird, ist eine öffentliche Gefahr. Keine gesetzgebende Körperschaft sollte wagen dürfen, für dieses organisierte Vandalentum gegen die organisierte Arbeit Partei zu ziehen! Eine Leg. Hilfe, wie sie der Senatpräsident Koffka wünscht, muß scheitern an dem ernüchterten, geschlossenen Widerstande aller ankämpfenden Elemente des Volkes.

Die Kaffeevalorisation.

K. r. Unter beliedes Volksgetränk, der Kaffee, war von jeher eines der willkommensten Objekte, woran der Staat die Volkshäube anlegen konnte. In den letzten Jahren hat das Reich aus dem Kaffeepoll regelmäßig die Summe von zirka 70 Millionen herausgewirtschaftet. Und durch die letzte Finanzreform, die den Teil vom Stand unangebrachten Kaffee von 20 auf 30 Pf. erhöhte, hofft der Staat seine 100 Millionen aus dem Kaffee zu ziehen, doch diese Prognose hat ja allgemein bekannt. Was aber ist die Kaffeevalorisation?

Sie ist die niederträchtige Handlungsweise einer Bande Kapitalisten, die in Brasilien die Staatskasse dazu benutz, um das Angebot von Kaffee auf dem Weltmarkt künstlich einzuschränken und ein Sinken der Kaffeepreise zu verhindern.

Schon seit langer Zeit ist Brasilien der große Kaffeeverbraucher der ganzen Welt geworden. Es deckt drei Viertel des ganzen Weltbedarfs. Insbesondere ist es der brasilianische Staat Sao Paulo, der 50-60 Prozent der Kaffeereise der ganzen Erde liefert. Nun war in Kaffee schon seit Jahren eine wahre Käsekrone zu verzeichnen. Durch das reiche Angebot hätte naturgemäß sein Preis herabgehen müssen. Was aber tun jene Kapitalisten, die die Versorgung mit Kaffee in Händen haben? Sie veranlassen den Staat, ungeheure Mengen von Kaffee aufzukaufen, um den Markt zu verstopfen und die mormalen Preise hochzuhalten. Aber acht Millionen Sätze Kaffee im Werte von zirka 400 Millionen Mark hat der Staat bereits aufgeschöpft. Sie sollen erst dann abgesetzt werden, wenn einmal eine schlechte Ernte eintritt und sie auf den Markt gebracht werden können, ohne den Preis zu drücken. Jetzt das aber nicht ein, sondern nicht der „Gott des Geldes“ auch jenseit auf dem Feldern der Plastikgenossen, dann wird dieser ungeheure Reichtum wohl vernichtet werden müssen, wenn er seinen kapitalistischen Zweck erreichen soll. Ist das nicht unerbötig? Es ist wie ein unglückliches Spiel aus dem Leihhause! Und doch ist es nicht das erste Mal, daß ungeheure Werte, z. B. an Baumwolle, die hingerecht hätten, um Tausenden von armen Menschen eine warme Kleidung zu beschaffen, einfach ins Meer verjast wurden, um nicht die Preise zu verberben.

Aber treiben andre heimlichen Kapitalisten es etwa anders? Ist nicht allen Unternehmern die Einschränkung der Produktion ein Mittel, sich die Beherrschung des Marktes und damit die Ausbeutung des Volkes zu sichern? Schreiben nicht die Unternehmerräte ihren Mitgliedern vor, wieviel von den erzeugten Waren auf den Markt gebracht werden dürfen? Wird nicht die Gewinnung der Schätze der Erde, z. B. der Kohle, sofort zurückgehalten, sobald die Kräfte nicht mehr imstande sind, die hohen Preise zahlen zu können?

Und erst unsere edlen deutschen Junker. Versüßern sie eine überzogene Kaffeepartee nicht nach eher an ihre Schweine, ehe sie diese Kometenwanderung läßt unter das Volk kommen lassen? Und ist nicht längst ein jenes unerhörte Fährdahl der Vereinnahmung der Landwirte von Reichthum z. B. aus Tageslohn gegeben worden, worin den Mitgliedern Anweisung gegeben wird, nur ja nicht mehr Milch nach Frankfurt hineinzubringen, um die „erfreulich“ hohen Preise nicht zu drücken.

Wenn das die Proletarierkämpfer hinstehen wie die Fliegen an der Wand, je was, für die Vereinnahmung der Landwirte ist das Verhalten eine Entkommenquelle, und das große Gesetz des Kapitalismus gebietet, Geld zu machen und nicht ehergerig in der Wahl der Mittel zu sein. Die brasilianische Kaffeevalorisation ist also nicht Schlimmeres, als was alle Kapitalisten bei uns betreiben.

Und wie stellt sich bei uns der Staat dazu? Nun, wenn unsere brennendsten Junker durch einen besonders reichlichen Ankauf der Preise herabgehen drohen, dann jagt die Regierung für jede Tonne Roggen oder Weizen, die der Junker ins Ausland fährt, 50 resp. 55 Mk. Ausfuhrprämie an ihn, nur damit in Deutschland der Getreidemarkt einleitet und der Junker trotz des überreichen Sachreichtums von Getreide das Geld durch Hungernötepreise ausspornen kann. — Ist das etwas anderes als die Kaffeevalorisation, die der brasilianische Staat und seine Privatisten betreiben? Und gleichwie in Brasilien die Junker der Staatskasse, die zum Betrieb des Kaffeeverkehrs angenommen ist, das Volk bestrafen muß, so muß das deutsche Volk durch seine Steuern die Prämien an die Junker zum Betrieb ihres Brotmuchers bezahlen. Es ist Hölle wie Fege.

Darum geschieht das alles? Weil wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, die nur produziert um Gewinn, Profit dabei zu machen. Worin man den höchsten Reichtum dadurch gewinnt, daß sie den Armen das Brot und alles zum Leben nöthige, und nicht zuletzt das Recht und die Freiheit verknümmert. Es ist auf der Erde ein Ueberreichtum an Schätzen vorhanden. Für alle Menschen heute sich abzugeben zum Leben schaffend. Aber die Gesellschaft produziert nicht, um allen das Leben schön zu gestalten, sondern um Profit zu verdienen. Kommt kein genügender Profit heraus, dann wird kaltes Blut der Sezer des Geldes vernichtet oder ins Ausland geschickt, um die Preise hoch zu treiben. „Örtliche Valorisation“ nennt man das.

Nun, will man das Wort „sozial“ brauchen, dann wird göttlich nur die persönliche, die sozialistische Beherrschung sein, worin die höchste Fruchtbarkeit von Natur und Arbeit für alle Menschen Glück und Segen bedeutet.

Wie man Krankentassen-Bezirksdirektor wird.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse hat in den letzten Jahren verschiedene sogenannte „Hilfskassen“ als Schwundkassen an den Tag gebracht und somit die Interesse der Arbeiter ihr gut Zeit mit dazu betrogen, daß sich der Mitgliederfang für neugegründete Hilfskassen gegen früher doch etwas schwieriger gestaltet.

Gegen den Unfug dieser sogenannten „Hilfskassen“ nahm sogar im vorigen Monat die Polizeidirektion Osnabrück öffentliche Stellung. In dem mitgeteilten wurde, daß die Hilfskassen „Justitia“ in Breslau im Jahre 1909 von 2 984 6, 97 Mark Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Beiträgen nur 6 395, 25 Mark an Krankentum und Krankengeld, dagegen für Verpflegung des Geschäftsführers und sonstigen Beamten die hohe Summe von 2 114, 1 Mark ausgab. Also von 29 846 Mk. Einnahmen wurde für Verwaltungskosten rund 21 141 Mk. ausgegeben.

Fällt alle derartige Hilfskassen weisen durch Prospekte usw. darauf hin, daß die Kasse durch die Reichsgerichte vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884 staatlich genehmigt ist und unter staatlicher Kontrolle steht. Durch diesen Hinweis auf die staatliche Oberaufsicht suchen derartige Kassen, wie die Polizeidirektion Osnabrück richtig ausführt, nach außen hin den Anschein zu erwecken, als wären die Versicherungsbedingungen günstig, während in Wirklichkeit die Statuten so abgefaßt sind, daß die Kasse meist die Forderungen der Mitglieder verweigern kann.

Die vielen Prozesse, die wegen einiger Pfennige Krankengeld von den Mitgliedern gegen solche Kassen angestrengt werden mußten, trugen mit dazu bei, daß der den Arbeitern so oft erteilte Rat befolgt wurde, nämlich: die Agenten von solchen Kassen die Tür von draußen machen zu lassen.

Da sich nun, wie es scheint, der Mitgliederfang von Haus zu Haus nicht mehr „richtig“ centiert, wird die Sache jetzt anders gemacht.

Die erst am 19. Januar 1910 zugelassene eingeschriebene Hilfskasse „Rheinland“, Kranken-, Sterbe- und Unfallversicherungsgesellschaft in Vandsweiler (Kreis Düren) z. B. gewinnt die Mitglieder auf folgende Weise:

Zu irgend einem süßlichen Matt erscheint ein Insurat, laut welchem bei der Kasse „Rheinland“ ein Einzahlungsposten zu verbuchen ist. Monatliches Gehalt 120 Mark. Gegenleistung: 30 Neuaufnahmen pro Monat. Die Arbeit ist leicht, kann so „nebenbei“ gemacht werden. Ein Braunschweiger Fabrikarbeiter, in der Hoffnung, sich ein Brot etwas leichter verdienen zu können, schreibt an den Herrn Direktor und erklärt dann folgenden, mit Schreiebfahrt gedruckten Brief:

Gewehrter Herr!

Ich kam in den Besitz Ihrer Werbung auf den ausgeschriebenen Einzahlungsposten und bin, nachdem ich Ihr Schreiben gelesen habe, bereit, Ihnen denselben zu übergeben. Sie haben dann die Monatsbeiträge von den Mitgliedern einzulagern, die Kranken Mitglieder zu kontrollieren, neue Mitglieder aufzunehmen, das Krankengeld an die Kranken Mitglieder auszusuchen, kurzum Ihren ganzen Dienst vollständig zu leisten. Im Anfang würde Ihr Verdienst 120 Mark pro Monat betragen und Später mehr.

Um nun eine kleine Probe zu erhalten, ob Sie auch wirklich für den Posten geeignet sind, mache ich zur Bedingung, ehe ich Ihnen den Anstellungsvertrag sende, daß Sie mindestens fünf neue Mitglieder für unsere Kasse aufnehmen. Am gleichen Tage, an welchem die fünf Beiträge, bzw. die ersten Monatsbeiträge dieser 5 Mitglieder bei mir eingehen, geht Ihnen der Anstellungsvertrag bestimmt zu. Für die ersten 5 Mitglieder erhalten Sie die Aufnahmegebühr von 2 Mk., welche sofort bei der Aufnahme von den Mitgliedern an Sie zu zahlen sind. Teilen Sie bitte mit, ob Sie mit meinen Bedingungen einverstanden sind usw.

Hochachtungsvoll.

H. Vogel.

Der neue „Einschreiber“ schreibt nun schnell nach Aufnahmeformularen, um die „kleine Probe“ der verlangten Tätigkeit ablegen zu können. Prompt erhält er am 25. September vom Herrn Direktor den zweiten gedruckten Brief:

Ich kam in den Besitz Ihres Schreibens und sende Ihnen in der Anlage die zum Aufnehmen von Mitgliedern erforderlichen Formulare und Statuten. Ich bitte Sie dringend, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß ich in 2 bis 3 Tagen in den Besitz der 5 Beiträge komme, da ich Sie so schnell wie möglich anstellen will. Nehmen Sie erstlich und einige Ihrer Bekannten auf und Sie haben die 5 Beiträge in einem Tage zusammen.

Hochachtungsvoll

H. Vogel.

Der neue Kaffee gibt vorläufig auch nur eine kleine Probe seiner Tätigkeit, indem er nur sich, seine Ehefrau, Schwiegermutter, Schwägerin und Neffen als Mitglieder aufnimmt, sich selbst 3 Mk. Beitrag und 1 Mk. Polizeigebühr abklopft, die übrigen „gehoblichen“ Mitglieder aber nur mit je 1 Mk. Beitrag und 1 Mk. Polizeigebühr in Rechnung stellt, mithin also zusammen mit seinen 4 Mk. genau 12 Mk. entrichtet. Da nun der Herr Direktor vor Begrüßung brennt, ihn anzustellen, schickt er die 5 Beiträge mit den 12 Mk. sofort ein, worauf auch sofort der briefliche Dank mit der Mitteilung eingehet, daß er ihn gern mit einem Monatslohn von 120 Mk. als Einschreiber anstellen möchte, aber er muß dann auch pro Monat mindestens 30 Neuaufnahmen der Kasse zuführen. Da aber der Herr Direktor ihn jetzt als Bezirks-Direktor anstellen will, hält er folgenden Vertrag für vorteilhafter:

Zwischen der Krankentasse „Rheinland“ in Vandsweiler einerseits und Herrn H. V. in Braunschweig wurde heute folgender Vertrag abgeschlossen:

Herr H. V. übernimmt eine Bezirks-Direktion der „Rheinland“ und erhält für seine Verdienste folgende Bezüge: Die Aufnahmegebühr von 2 Mark für jedes von ihm aufgenommene neue Mitglied, sowie den ersten Monatsbeitrag derselben, 12 Prozent Inkassoprovision vom zweiten Monatsbeitrag an, Abfertigungsgebühr von 10 Pf. für jeden Monatsbeitrag, 6 Mark Bureauausgaben für je 50 Mitglieder (zahlend), bei mindestens 40 perfekten Neuaufnahmen pro Monat 20 Mark Inkassofortsetzung und für jede ihm überwiesene Krankentasse 50 Pf. Außerdem muß der Bezirks-Direktor etwaige Hilfskassen selbst bezahlen und halber auch für dieselben usw.

Unterzeichnet ist der Vertrag vom stellvertretenden Direktor Joseph Schöder.

Trag erfragen Suchens findet der Herr Bezirksdirektor aber in dem Vertrag nichts von 120 Mk. Monatslohn. Auch kommt ihm jetzt keine „Bezirksdirektion“ spanisch vor, da aus dem Vertrage abjourn nicht ersichtlich, auf welchen Bezirk sich eigentlich seine Direktion erstrecken soll. Ist er nur für die Stadt oder für das Herzogtum Braunschweig Bezirksdirektor? Bei mindestens 40 Neuaufnahmen soll er 20 Mk. Fahrkostenersatz bekommen. Und bei 35 oder vielleicht auch 39 Neuaufnahmen nichts? Zum Schluß auch noch die ihm unterstellten event. Vertreter aus diesem kolossalen Einkommen bezahlen — rein, das ist zu viel des Guten! Der Bezirksdirektor legt sich hin und schreibt an den Herrn Direktor einen geharnischten Brief, auf welchen eine ebenio harte wie einschließende Antwort eintrifft. Der Brief an den unzufriedenen Bezirksdirektor lautet:

Vorläufig bin ich doch derjenige, der die Stelle zu vergeben hat und auch berechtigt, die Bedingungen zu machen. Falls Ihnen meine Bedingungen nicht, so lassen Sie es eben bleiben und ich übertrage die Stelle einem andern.“

Es wird dann dem Arbeiter nochmal geraten, einen von den Besten auszuwählen, und der Direktor schimpft dann weiter:

Jedenfalls muß ich annehmen, daß Sie in der Zeit, daß Sie mit mir in Verbindung gestanden haben, noch nichts gearbeitet haben, sonst würden schon mehr Anträge eingegangen sein. Wer aber nichts arbeitet, kann auch nichts verdienen.

Hochachtung
A. Vogel, Joh. Schlicher, stellv. Direktor.

So, wer nichts arbeitet, kann nichts verdienen. Der Arbeiter hat doch aber oft die Erfahrung gemacht, daß es Leute gibt, die nichts arbeiten und doch verdienen. Und dann der gebiegene Satz: Wenn es Ihnen nicht paßt, lassen Sie es bleiben. Gewiß, der Herr Direktor hat ja jetzt seine 5 Mitglieder, die sind auf einige Monate sicher. Von den „Fünf“ will natürlich niemand die Beiträge weiter bezahlen. Alle wollen so fort austreten, was ja auch möglich wäre, wenn der § 6 des Statuts nicht lauten würde, daß der Austritt nur am Jahreschlusse (31. Dezember) erfolgen kann und die Mitteilung über den Austritt bis spätestens am 1. Dezember bei dem Vorstand in Landsweiler-Neben eingegangen sein muß. Die „Fünf“ müssen also bis 1. Dezember ihren Austritt erklären, aber trotzdem für die Monate November und Dezember die Beiträge zahlen. Das macht für den Chemann pro Monat 3 Mk., für die übrigen 4 Mitglieder nur je 1 Mk. pro Monat, also zusammen 14 Mk. und mit den bereits eingezahlten 12 Mk. genau 26 Mk., ohne nun dafür einen Pfennig Unterfrüfung zu bekommen.

Unterfrüfung wird nämlich erst nach Ablauf der 13. Woche gezahlt. Entsteht aber die Krankheit innerhalb dieser 13 Wochen, so wird für die ganze Dauer der Krankheit auch nicht ein Pfennig Unterfrüfung gewährt.

Es ist also allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu raten, der Kasse „Heinland“ nicht beizutreten. Auf die vorstehend geschilderte Weise wird die Kasse schon manche kleine Probe verlangt haben und immer in den Besitz der so dringend gewünschten „Fünf“ gekommen sein. Daß sich dieser Mitgliederfang über ganz Deutschland erstreckt, geht daraus hervor, daß die Antwortschriften fast alle vorgebrudt sind. Also, Arbeiter, die Laien zu!

Aus der Zuckerindustrie.

Die Zuckerindustrie im Gau 10 (Pfalz und Baden).

In der ertragsreichen Zuckerindustrie mit an erster Stelle stehen die drei Betriebe, welche zum Gau 10 gehören, nämlich die Zuckerraffinerie in Friedensau, die Zuckerraffinerie in Landsweiler-Neben und die Zuckerraffinerie in Waghäusel (mit Fabrik Böttingen im Gau 9) und die Zuckerraffinerie Neu-Offstein. Alljährlich bei Beginn der Rübenverarbeitung setzen wir in diesen 3 Betrieben mit der Agitation ein, die leider vorerst noch auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, wie in nachfolgendem gezeigt werden soll.

Neu-Offstein hat circa 300 Beschäftigte. Die Kampagnearbeiter setzen sich vornehmlich zusammen aus Landleuten vom Heidesheimer, einem der ärmsten Landstriche Hessens. Die Leute kommen alljährlich in Partien unter dem Kommando eines Obmannes. Jeder Obmann sieht darauf, daß „seine Leute“ keine Seitenstränge machen, d. h. der Organisation nicht zu nahe kommen. Wer es doch tut, läuft Gefahr, daß nächstemal „ausrangiert“ zu werden. Unter diesen Umständen kann niemand der Firma Organisationsfeindlichkeit zum Vorwurf machen. In Neu-Offstein sind die Leute interniert. Genau wie beim Militär finden wir in jedem Zimmer je 8 bis 10 Betten; immer zwei übereinander. Die Arbeiter selbst machen einen ungünstigen Eindruck insofern, als sie müde und abgedröckelt erscheinen. Das wird uns erklärlich, wenn wir wissen, daß diese Bauernkinder darauf aus sind, möglichst viel Erspartes in die Heimat zu bringen, um ihre Skaterei zur Scholle aufzurichten zu können. Das Sparen bedeutet bei Löhnen von 28 bis 26 Pf. pro Stunde, kann man sich denken; es heißt einfach Degeneration. Das obligatorische Nachessen ist Pellkartoffeln und Hering oder an Stelle des letzteren zur Abwechslung ein Stückchen Blutwurst. Die Arbeit ist schwer und aufreibend. Wohl bekam ich bei meiner jedesmaligen Anwesenheit den Anmut über die schlechten Löhne zu hören, aber Anmut ist kein Mut, und es ist jetzt nicht gelungen, diese Leute zur Verammlung zu bringen. Nur mit schriftlicher Auffklärung konnten wir sieher an die Leute heran und diese wird ja wohl einmal wirken müssen. Unser Optimismus hat ja in der Geschichte realen Untergrund und angesichts der unheilvollen Praktiken unserer Herrschenden in den letzten Jahren glänzende Bestätigung gefunden. Der während des ganzen Jahres beschäftigte kleinere Teil der Arbeiterschaft aus den umliegenden Orten Offstein, Obriheim, Sulgenstein und Heidesheim ist im Verhältnis zur nahe Vorderpfalz ebenfalls noch sehr rückständig.

In Waghäusel sind circa 700 Arbeiter beschäftigt. Auch hier finden wir überwiegend Landleute mit Besitztum, die zum größten Teil in den Orten Kirrlach, Oberhausen und Birsental wohnen und nur während der Rübenverarbeitung in die Fabrik gehen, während der übrigen dreizehn Jahre jedoch ihr Bauerngut bewirtschaften. Diese Leute sind konstant bis ins Mark, haben also nichts geerbt von den revolutionären Kämpfen des badiischen Aufstandes, wodurch Waghäusel historische Bedeutung erlangte. (Waghäusel zählt mit Fabrik und Waghöf nur 6 Häuser.) Auch die zum Teil organisierten Maurer, welche alljährlich in geringer Zahl hier arbeiten, konnten organisatorisch nicht infizieren. Die während des ganzen Jahres zur Reinigung der Rohfabrik und in der Raffinerie Beschäftigten sind kleine Güter, welche auch abwechselnd zu Hause bleiben, um ihr Stüchden Feld zu bestellen. Diese sind infolge ihrer wirtschaftlichen Mittelstellung das größte Hemmnis für die Organisation, da sie selbständige Angelt, sie müssen nach der Kampagne ausziehen, den Organisationsgedanken von sich weisen. Hierzu kommt dann noch der bäuerliche Einfluß am Orte, dem sie unterliegen. Ferner stehen uns in dieser Gegend keine Verammlungslökalen zur Verfügung. Den entscheidenden Einfluß auf die Weltanschauung in dieser Gegend übt der Volksverein für das katholische Deutschland aus, der so ziemlich alle erwachsenen Männer unter seine Fahne geschart hat. Der Wirt eines dieser Orte erklärte dem Schreiber dieses, sei er doch Geschäftsmann, aber er fürchte den Kaiser und Bürgermeister.

Die Löhne sind in Waghäusel so miserabel wie in Neu-Offstein. Auch hier hat die Direktion noch nie ernsthafte Stellung gegen die Organisation genommen, wenn man davon abliest, daß der Direktor Schüttele den Schreiber dieser Zeilen im Herbst 1909 beim Ganztagearbeiten einen Volksausleger nannte. Im Ausschichtete dieser Fabrik list der nationalliberale General Wassermann.

Als Charakteristikum für das Wesen der christlichen Gewerkschaften kann es gelten, daß sowohl nach Neu-Offstein als auch nach Waghäusel kein Vertreter dieser Organisation mehr zu kommen braucht, obwohl die Bevölkerung streng katholisch ist. In beiden Betrieben dieser Orte wurden, um uns zu vorzubereiten, in der nächstgelegenen Wette unter Leitung des heutigen 2. Zentralvorsitzenden des christlichen Hilfsarbeiterverbandes, Tremmel, Vohubewegungen inszeniert, die alljährlich verließen. Das hierdurch in der Arbeiterkategorie erwachte Misstrauen gegen Organisationen überhaupt, in Verbindung mit den übrigen Hindernissen erklärt die Schwierigkeit der Agitation, die aber auf die Dauer nicht unüberwindlich sein wird.

Besonders anders liegen die Verhältnisse in der Zuckerraffinerie Friedensau mit ca. 300 Beschäftigten. Hier hatten die Christlichen noch keine Gelegenheit, in Lohnbewegung zu machen. Verläßt haben sie es wohl, kamen aber zu spät. Wir konnten bereits im Jahre 1906 einen für damalige Verhältnisse günstigen Lohnvertrag abschließen, obwohl auch in Friedensau ein großer Prozentsatz Landleute arbeitet, die aber zum Teil organisiert sind. Auch in diesem Jahre ging

die Arbeiterkategorie bei Beginn der Kampagne mit Hilfe ihrer Organisation daran, die Löhne wiederum den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Durch Verhandlung zwischen Direktion, einer Arbeiterkommission und dem Souleiter wurden die Stundenlöhne für ca. 300 Arbeiter und 17 Arbeiterinnen um 12,39 Prozent, die Allorblöge im Durchschnitt um 10 Prozent erhöht, obwohl unglücklicherweise einige Tage vor den Verhandlungen ein harter Preissturz der Zuckerkurse bekannt wurde. Wenn auch die Zuckerraffinerie in Friedensau nicht unbefruchtet bleibt, so kann wohl behauptet werden, daß diese Firma eine zu sichere Position hat, als daß sie durch solche Schwankungen, die übrigens in der Zuckerindustrie nichts Ungewöhnliches sind, merklich betroffen würde.

Die weitere Folge dieser Lohnbewegung war, daß auch die Arbeiterkategorie im Hauptbetriebe Frontental eine Aufbesserung erhielt, wie in der Nr. 48 „Proletarier“ bereits mitgeteilt wurde. Vermutlich, um vorzubeugen. Wir freuen uns, daß unser Vorgehen die Veranlassung war, wenn dies auch nicht zugegeben werden dürfte.

Bemerkenswert ist ein Ausspruch des Direktors während der Tarifverhandlungen; er erklärte: „Ich muß gestehen, die Prophezeiung des Herrn Prall hat sich bewährt, als er 1906 erklärte, durch ein geregeltes Lohnwesen werden Sie allmählich einen tüchtigen Stamm Arbeiter bekommen, der sich bezahlt macht.“ Tatsächlich kann aus der prozentualen Dividende der Betriebe Frontental, Waghäusel und Neu-Offstein etwas anderes nicht gefolgert werden, wenn auch selbstverständlich eine Reihe anderer Umstände mit in Betracht kommt.

Die Löhne in Friedensau sind heute durch unsere Organisation um circa 36 bis 38 Prozent höher als in Waghäusel und Offstein. Möchte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, da die Arbeiter der beiden letzten Betriebe nicht mehr die Funktion des Belegewichts ansäben und den Aufstieg der Arbeiterkategorie hindern. Wir werden jedes Jahr einige Male ankämpfen müssen, um die „Macht der Finsternis“ zu brechen.

Gewerkschaften.

Die Christlichen betteln um Unternehmerhilfe.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Stuttgart richtete an dortige Unternehmer folgendes Schreiben:

Stuttgart-Kannstatt, den 28. Oktober 1910.

Ortskartell der christlichen Gewerkschaften
Stuttgart-Kannstatt
Landhausstr. 41.

P. P.

Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hier erlaubt sich hiermit, Sie oder einen anderen Vertreter Ihrer Vereinigung *) zu der am Sonnabend, dem 5. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Gasthauses „Zum Kömlichen König“, Holzstraße 3, 2. Stock, hier stattfindenden Versammlung freundlich einzuladen.

Tagesordnung: „Arbeitgeber und christliche Gewerkschaften“. Referent: Herr Paul Krug, Sekretär in Stuttgart. Nach dem Vortrage findet eine Diskussion statt.

In dieser Versammlung handelt es sich nicht darum, bestimmte Forderungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im besonderen zu vertreten. Es soll vielmehr zunächst über das Wesen und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften gesprochen und auch die Frage ganz besonders erörtert werden, ob es nicht im Interesse der Arbeitgeber selbst liegt, wenn sie den auf dem Boden der christlich-nationalen Weltanschauung, Sozialreue und patriotischer Gesinnung stehenden Arbeiterorganisationen eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

In der angenehmen Hoffnung, Sie in unserer Versammlung begrüßen zu können, zeichnet

mit aller Hochachtung

Gustav Waghel, Kartellvorsitzender.

Unders können die Selben sich auch nicht anbieten! Deutlich klingt es aus den Zeilen heraus: Rappelt und groß, damit ihr ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften habt! Das beständige auch der Verlauf der Versammlung. Nachdem nämlich Herr Krug die freien Gewerkschaften zum Gaudium der Unternehmer kräftig heruntergerissen, seine „christlichen“ Gewerkschaften als die braven und manierenlichen angepriesen hatte, die dem lieben Unternehmertum doch nicht wehe tun, erklärten mehrere Unternehmer, daß sie durchaus damit einverstanden seien, daß die Arbeiter sich in den christlichen Gewerkschaften organisieren. In einer längeren Resolution bekräftigten die „Christlichen“ zum Schluß noch, daß sie in den „Arbeitgebern“ einen notwendigen Faktor im gewerblichen Leben sehen und daß die christlichen Gewerkschaften unentwegt gegen die Vergewaltigung der Produktionsmittel Stellung nehmen.

Mit dieser Versammlung sind die „Christen“ nun offiziell in die Reihen der „Selben“ eingewandert. Die große Sammlungsliste gegen die Klassenbewußte Arbeiterkategorie reißt auch den „Christen“ die Maske vom Gesicht und zeigt sie aller Welt in ihrer wahren Gestalt. Das ist gut so, denn nun weiß auch der letzte Arbeiter, wie er mit den Christen darau ist.

*) Im Original durchstrichen. D. H.

Der gelbe Moabitler.

Die überreife Polizei hat in Moabit die harmlosesten Menschen erwischt, wahrscheinlich in der Hoffnung, jedesmal solch bössartigen Notizen in die prägelkreidigen Hände bekommen zu haben. Neben dem mit dem Gefangenen unter Arm erwischten und trotzdem verfolgten Marxmann ist der Angestellte Monteur Albrecht, der durch den Syndikus des gelben Arbeiterbundes in Berlin verteidigt wird, eine der interessantesten Typen des Moabitler Prozesses. Der Angestellte hatte nach eigenen Angaben an dem Abend 25—30 Glas Bier und „einen Schnaps“ in verschiedenen Auflagen getrunken. Der gelbe Oberleitung ist dieser brave Mann außerordentlich unangenehm und deswegen veröffentlichte er in „Dund“, der am 20. November erschien, eine Erklärung unter der Überschrift: „Kein Gelber im Moabitler Krawallprozeß“. Darin wird „festgestellt“, daß der Monteur Albrecht mit den Gelben nichts weiter zu tun hat, als daß er durch ihren Arbeitsschweiss hermitteilt worden sei und sich bei ihnen unangenehmen Nachschickung gesichert habe. So Lebus in der Nummer des „Dund“, die schon am Donnerstag, dem 17. November, fertig gedruckt vorlag. Am Donnerstag, also an demselben Tage, wurde der Arbeiter Albrecht in Moabit vernommen, dort sagte er unter anderem aus, daß er bei Siemens-Schuckert arbeitete und dem Bunde der Gelben angehört. Andre als Mitglieder der Gelben würden bei Siemens-Schuckert nicht beschäftigt; jowent dies die Einstellung von Arbeitskräften betrifft, hat er auch durchaus recht. Was sagt aber Lebus zu der Erklärung des eben erst noch abgeprüffelten gelben Bruders, der da vor Gericht erklärt, daß er nicht nur gels organisiert sei, sondern auch im Bunde bleiben wollte und wosede? Freund Lebus hat eben, wie es als sehr, sehr wahrscheinlich angenommen werden muß, etwas zu frühzeitig demantiert. Die kleine Episode zeigt aber zugleich, wie eifrig alle die Leute, die die Geschäfte der Unternehmer belagern, bestrebt sind, den „Noten“ allein die Verantwortung für die Ereignisse beizulegen. Diesmal ist's allerdings wieder vorgekommen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Gildesheim.** In der Gildesheimer Zuckerraffinerie dekretierte die Direktion einen ganz erheblichen Lohnabzug. Zwar wurde schon bisher im Winter der Allorblöge geändert, weil im Winter die Arbeit etwas schneller konstaten geht, aber mit der angeführten enormen Herabsetzung des Tagelohns konnten die Arbeiter sich unter keinen Umständen einverstanden erklären. Bezugs doch der Abzug für den größten Teil der Arbeiter pro Woche durchschnittlich 4 Mk. festgestellt auf Grund der Vorkasse wurden Abzüge von 4,50 Mk.; auf den Tagelohn entfielen allein 2 Mk. Als von der Direktion die Abzüge bekannt gemacht wurden, ist sich die Direktion über die Folgen wahrscheinlich nicht ganz klar gewesen. In der Bekanntmachung wurde u. a. gesagt, daß die Abzüge mit den Arbeitern vereinbart gewesen wären. Diese Behauptung entsprach durchaus nicht den Tatsachen. Da über die Höhe der Abzüge der Anschlag der Direktion nichts befragte, so erfuhr die Arbeiter dies erst bei der Lohnzahlung am 9. November. Die Arbeiterbetreuer griffen nun sofort ein. Bei den Verhandlungen stellte sich heraus, daß nicht alle Direktionsmitglieder genügend über das Lohnsystem im Betrieb unterrichtet waren. Die Verhandlung ergab schließlich folgendes Resultat: 1. Die Herabsetzung des Tagelohns wird rückgängig gemacht. 2. Der zu wenig ausgezahlte Lohn der letzten Woche wird zurückgezahlt. 3. Die Tagesleistung wird im Winter von 75 auf 79 Pfannen heraufgesetzt. 4. Der Allorblöge für die Pflanze beträgt Winter und Sommer 3 Mk. 5. Die Ausschläger und Zentrifugenleute erhalten eine Aufbesserung. Die Arbeiter nahmen zu diesen Vorschlägen Stellung. Durch eine nochmalige Verhandlung sollte eine Änderung des 4. Punktes herbeigeführt werden. Die Direktion lehnte jedoch weitere Zugeständnisse ab. Am selben Tage nahmen 7 Arbeiter in zwei stark besuchten Versammlungen dazu Stellung zu den Verhandlungen kam die Abstimmung über die unzureichenden Zugeständnisse zum Ausdruck. Schließlich wurde jedoch dem Vorschlag der Organisationsleitung, unter den augenblicklichen Verhältnissen die Vorschläge anzunehmen, zugestimmt. Die Direktion hat es nun in der Hand, den wiederhergestellten Frieden zu erhalten, indem die Zulagen strikte innegehalten werden und jede Provokation der Arbeiter vermieden wird. Das Bestreben der Direktion, die Lohnlisten zu prüfen und die niedrigsten Löhne zu verbessern, wird hoffentlich restlos eingelebt werden. Für die Arbeiter aber gilt es, für den Ausbau der Organisation einzutreten, damit ähnliche Vorgänge in Zukunft vermieden werden.

Korrespondenzen.

— **Gamburg.** In einer Versammlung am 8. November referierte Genosse Kleemann über das Thema: „Sitzt die Verschmelzung aller Gewerkschaften zu einer Union im Interesse der Arbeiterbewegung?“ Er führte aus: Schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten die Arbeiter das Bedürfnis, sich zu organisieren, dann kam das Sozialistengesetz, welches die Gewerkschaften sowie die politische Organisation wieder zerstörte. Eine zentralistische Organisation war durch dieses Gesetz unmöglich gemacht, deshalb gründeten die Arbeiter Fachvereine. Schon in nächster auf den auch heute noch nicht ganz überwundenen Berufsstand war diese Form der Organisation geboten. Auch war damit zu rechnen, daß das Klassenbewußtsein bei den Arbeitern nur schwer erwachte. Die Arbeiter konnten mit Hilfe ihrer Fachorganisation Vorteile erzwingen, weil sie nur einzelnen Unternehmern gegenüber standen, die sich aus Konkurrenzrücksichten die besten Arbeitskräfte gegenseitig abzusaugen suchten. Nunmehr versuchten auch die Unternehmer durch Zusammenfluß den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Jetzt wurde den Arbeitern klar, daß sie den organisierten Unternehmern mit ihren Fachorganisationen nicht gewachsen waren; sie gingen deshalb zur Gründung von Zentralverbänden über. Die Kämpfe wurden immer umfangreicher. Die Unternehmer suchten durch Beherrschung des Arbeitsnachweises mitleidige Arbeiter von ihren Betrieben fernzuhalten. Brachen in einem Verufe Differenzen aus, die zum Streik führten, beantworteten die Unternehmer den Streik häufig durch Aussperrung aus Streik unbeteiligter Arbeiter. Ferner bringt ein Streik in einem Verufe jetzt häufig Arbeitslosigkeit in anderen Verufen mit sich. Nun rechnen sich die Leiter der verschiedenen Verufe es zur Ehre an, am Schluß des Geschäftsjahres ihren Mitgliedern berichten zu können, daß sie in so und so vielen Fällen für ihre Interessen eingetreten sind. Durch die Teilnahme mehrerer Organisationsvertreter an der Beilegung der Differenzen werden aber die Verhandlungen oft sehr erschwert. Würden die Gewerkschaften aber alle in einer Union vereinigt sein, könnten die Verhandlungen zum Vorteil der Arbeiter von einer Zentrale ausgeführt werden. Wenn auch häufig gesagt wird, die Arbeiter wären noch nicht reif für eine Union, so sei er, der Referent, der Meinung, es liege nur an der ungenügenden Aufklärung. Schwierigkeiten würden sich allerdings bei Erhebung der Beiträge und beim Unterfrüfungswesen ergeben, doch seien dieselben bei gutem Willen leicht zu überwinden. Das durch häufigen Arbeitswechsel bedingte Umschreiben der Mitglieder von einer Organisation zur andern wird häufig verwirrend, da das Organ der einen Gewerkschaft radikal, das der andern revisionistisch redigiert wird. Auch das Solidaritätsgefühl würde durch Gründung einer Union bedeutend gestärkt werden. Die Verhältnisse drängen zu einer Union, aber wir können den Gang der Entwicklung durch den geeinten Willen nachhelfen. Mit der Größe der Organisation wächst auch das Machtgefühl. Boykotts könnten wirksam durchgeführt werden. Durch Vereinheitlichung der Verwaltung und des Hauskassensystems könnten bedeutende Vorteile für die Allgemeinheit erreicht werden. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kollege Vogt ist mit den Grundzügen des Referats einverstanden, glaubt aber, daß noch praktische Schwierigkeiten im Wege stehen. Die Kollegen Peil und Ahrens sprachen noch im Sinne des Referenten.

— **Nekarau.** Die Löhne in der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik Nekarau sind noch immer sehr unzulänglich; diese Unzulänglichkeit fällt um so mehr auf, als im Industriebezirk Rannheim unsere Organisation in den meisten für uns zuständigen Betrieben die Stunden- und Allorblöge weit über die Höhe der in der Gummi- und Zellulosefabrik hinausgetrieben hat. Das Mäkeln löhng für das Verhältnis ist nicht schwer: Die Organisation hat unter der Arbeiterschaft dieses Betriebes noch wenig Boden gefaßt, von allen Betrieben des Stadtgebietes ist die Gummiarbeiterkategorie am schlechtesten organisiert. Als im Jahre 1906 die Arbeiterkategorie durch die Christliche und Kirch-Zentralistische Organisation in den Streik getrieben wurde (Tremmel behauptet in seiner Schmutzbrochüre das Gegenteil), da strömten innerhalb einiger Tage alle der Organisation zu, um nach Beendigung ebenso massenhaft wieder auszutreten. Wenn diese Leute jetzt über schlechte Löhne und sonstige unangenehme Dinge zu klagen haben, so sind sie jedenfalls selbst schuld daran. Die Arbeiterkategorie rekrutiert sich aus Nekarau und aus dem Rannheimer Nachbarorten Schwepingen, Mansfeld, Göttenheim, Osterheim, Kettich, Brühl, Altrip usw., in welchen Orten die Organisation bis heute aus den Anfängen nicht herausgekommen ist. Allerdings haben wir speziell in den badiischen Jahrestellen über positive Ortsverwaltungen ständig zu klagen. Während des Streiks 1906 forderten die heute indifferenten Arbeiter als ganz selbstverständlich Streikunterfrüfung, die ihnen auch entgegen dem Statut drei Wochen lang gewährt wurde. Wenn man aber einmal über die gewerkschaftlichen Organisationen hinwegsehen will, braucht man nur nach den bekannten Orten zu gehen. Wieder werden die armen Proletarier noch einsehen zu müssen, daß ihnen nichts anderes übrig bleibt, als den schon einmal als richtig anerkannten Weg zur Organisation wieder einzuschlagen, wenn ihre Lage sich bessern soll. Zugute kann man ihnen halten, daß sie die fähige Kontrolle ihrer beruflich-zentralistischen Verbänden und Bekannten am Orte, deren Einfluß sie sich noch nicht entziehen konnten, fürchten müssen. Aber das allein sind nicht die Gründe für den Indifferentismus. Ritbestimmend hierfür ist die auffällige Vorliebe der Herren Fitzeninghaber für „Arbeiterwohltaten“, als Kohlen-, Holz-, Kartoffellieferung usw. Die Firma geht wahrscheinlich von der zutreffenden

Boraussetzung aus, daß mit den niedrigen Löhnen die Arbeiter das Notwendigste nicht zu Tagespreisen einkaufen können. Das bedauerlichste Übel ist jedoch das in der Fabrik herrschende Schmierstück. Es ist Tatsache, daß ein Teil des Aufsichtspersonals sich gegen die Gewährung lohnenderer Arbeit von Arbeitern "schämen" läßt. Ein Arbeiter, der als Agitator gebrandmarkt war, kam nach Beendigung seines Peniums zu einem Meister, um sich neue Arbeit zu holen, erhielt aber von diesem die Antwort: "Gedenke mich am A. . .". Der so Beladene erklärte zugunsten dieses Meisters, daß er wieder vom Freiberger betrunken gewesen sein muß, was öfters vorkommt. Meister und Arbeiter kamen infolge dieses Vorganges vor Herrn Benninger und hier wurde festgestellt, daß der Meister gegen Suss besser bezahlte Arbeit gibt. Ein anderer Meister kaufte sich von der Frau eines bei ihm beschäftigten Arbeiters ein Liegenbäcklein; es fehlten ihm aber bei der Bezahlung 100 Pfennige, die er dem Manne geben zu wollen versprach. Obwohl der Arbeiter mehrere Male mahnte, erhielt er kein Geld. Dafür machte eine entsprechende Behandlung es diesem unmöglich, noch länger in dieser Fabrik zu arbeiten; er ging — "freiwillig". — Solche Zustände müssen zweifellos forumpierend wirken, sowohl auf die Arbeiterchaft, als auf das Aufsichtspersonal. Von den Chartisten erwarten wir, daß sie gegen solche Praktiken Front machen. Allerdings ist eine gute Organisation notwendig, um diesen Unfug zu beseitigen. Dann wird es aber nicht notwendig sein, sich einen etwas höheren Lohn zu erschleichen mit Mitteln, die das Licht nicht ertragen können, sondern die Arbeiterchaft kann aufrecht fordern, was ihr gehört.

Hofst. Rache scheint der Unternehmer Carow von der Stadtfabrik nehmen zu wollen, weil wir verschiedene Male der Gewerbeinspektion melden mußten, daß Herr Carow sich durchaus nicht dazu verstehen konnte, den Arbeitern einen anständigen Antritt und Spielraum zu gewähren. Trotz aller Drohung ließ er es beim Verprechen, so daß er schließlich 50 Mk. Strafe zahlen mußte. Ganze 50 Mk.! Das scheint dem Herrn so in die Knochen gefahren zu sein, daß er äußerte, er wolle schon Platz machen, d. h. Leute entlassen, damit die bleibenden Herren Arbeiter genügend Raum hätten. Nun suchte der Herr sich aber nicht solche Leute zur Entlassung aus, die erst eingestellt waren, sondern solche, die schon mehrere Jahre im Betriebe tätig waren. Angeblich wegen Arbeitsmangels, trotzdem mußten Arbeiter noch Sonntags arbeiten, und zwar unter Androhung der Entlassung. Bei dieser Gelegenheit scheint sich der Herr der Organisation entziehen zu wollen, die dem Unternehmer sehr un bequem ist und noch werden könnte. Laßt doch im nächsten Januar der einseitige Arbeitsvertrag mit "seinen" Leuten ab. Hat er sich nun der Organisation entledigt, so rechnet der Herr, so hat er nicht notwendig, höhere Löhne zu bezahlen. Wir werden dem Herrn aber einen Streik durch seine Rechnung machen, und zwar einen großen, denn die Arbeiter sind weit davon entfernt, sich von Herrn Carow ins Wochhorn jagen zu lassen.

Polizei und Gerichte.

§ Vom Recht des Streikpostenstehens.

Die Gegner der Arbeiterorganisationen sind jetzt drauf und dran, durch das Strafgesetzbuch das Streikpostenstehen verbieten zu wollen. Einen in dieser Zeit recht interessanten Streitfall über das Recht des Streikpostenstehens sucht die Zeitung des Legalarbeiterverbandes in Oelszig i. S. aus. Dort streikten die Sticker. Die Polizei verbot den Aushängigen das Streikpostenstehen. Auf eine Beschwerde der Zeitung des Verbandes über das Vorgehen der Polizei erhielt sie nachstehenden Bescheid:

"Auf die am 1. November 1910 zu Protokoll erklärte Anfrage wegen der erfolgten Wegweisung der aufgestellten Streikposten erhalten Sie hierdurch den Bescheid, daß es bei den hiesigen getroffenen polizeilichen Anordnungen verbleibt.

Die unterzeichnete Polizeibehörde sieht darin, daß durch die aufgestellten Streikposten Arbeitswillige angeprochen oder durch die über sie seitens der Streikposten ausgeübte Uebervachung Arbeitswillige von dem Willen, ihrer Arbeit nachzugehen, abgehalten werden, eine aus verkehrspolizeilichen Rücksichten unzulässige Behinderung einzelner Personen und Behinderung des freien Verkehrs auf öffentlichen Wegen.

Der Stadtrat.
Dr. Schanz."

Da der Verbandsleitung diese Rechtsauslegung nicht stichhaltig war, wandte sie sich am 2. November telephonisch an die Kreishauptmannschaft zu Zwickau und forderte Aufhebung des Streikpostenverbots. Die Kreishauptmannschaft antwortete, daß sie die Akten einzusehen werde, brauchte aber zur Entscheidung dieser Sache besonders lange Zeit. Die Verbandsleitung wandte sich deshalb an das Ministerium des Innern und forderte Beschleunigung der Angelegenheit, damit nicht länger ein Recht der Arbeiter durch Polizeiwillkür illusorisch gemacht werde. Doch erst am 15. d. M. erhielten die Beschwerdeführer von der Kreishauptmannschaft durch den Stadtrat zu Oelszig folgenden Bescheid:

"Die königliche Kreishauptmannschaft, kollegial zusammengesetzt, hat die telegraphisch eingeleitete Beschwerde des Hermann Vogel in Oelszig nicht für unbedeutlich finden können.

Der Beschwerdeführer ist dagegen vorstellig geworden, daß seitens des Stadtrates zu Oelszig das Streikpostenstehen gelegentlich des Streikpostenstehens untersagt worden ist. Aus den Sachakten und den eingehenden Berichten des Stadtrates ist nun nicht zu entnehmen, daß bisher die öffentliche Ordnung durch die Streikposten irgendwie gefährdet worden ist, namentlich ist bisher auch keine Störung des öffentlichen Verkehrs durch sie veranlaßt worden. Der Umstand allein, daß zufolge der Berichte des Stadtrates einzelne Weiterarbeitende von den Streikposten auf öffentlichen Verkehrsstraßen unter Hinweis auf den vorhandenen Ausstand angeprochen worden sind, oder daß — wie der Stadtrat in der Bescheid ohne Bezug auf § 2 bis 3 der Akten angesetzt — durch die fernere der Streikposten ausgeübte Uebervachung Arbeitswilliger von der Arbeit ihrer Arbeit nachzugehen, abgehalten werden sind, kann noch nicht als eine Behinderung der öffentlichen Ruhe und Ordnung angesehen werden. Ein Einverständnis lediglich aus verkehrspolizeilichen Gründen anzunehmen, außerdem insofern der erforderlichen Klarlegung, als noch dem Berichte des Stadtrates vom 11. d. M. eine allgemein gültige, in der vorgeschriebenen Form auf Grund von § 266, 10 Reichsgesetzgebungsgesetz erlassene verkehrspolizeiliche Verordnung, gegen welche durch das Streikpostenstehen verstoßen worden wäre, für die Stadt Oelszig nicht besteht. — Obgleich wenig rechtlich die vom Stadtrat im Bescheid vom 6. d. M. angeführte Tatsache nicht, daß einzelne Arbeitswillige von Streikposten angeprochen und beschimpft worden seien, die Maßnahme der Polizeibehörde, das Streikpostenstehen allgemein zu verbieten. Es wäre jedoch lediglich Aufgabe der Polizeibehörde, gewesen, den betreffenden Arbeitswilligen polizeilichen Schutz in dem nach Lage des Falles erforderlichen Umfange gegen die in Frage kommenden einzelnen Streikposten zu gewähren. Nach alledem wird die angeführte Maßnahme des Stadtrates hiermit wieder aufgehoben. — Der Beschwerdeführer Vogel ist vorstehendem gemäß durch Zustimmung beiderseitiger Abgänger sowie nach Einigung gegenseitiger Verständigung zu befriedigen. Königlich-Kreishauptmannschaft."

§ Wie Streikposten gemacht werden.

Die königliche Polizei kommt in gegenwärtiger Zeit geradezu darauf, von streikenden Streikposten Gebrauch zu machen. Nach die Polizei gibt sich einer Schärfe gegen Streikende vor, die wohl geeignet ist, Streikposten erst anzufangen zu lassen. Als Beweis dafür ist unter Folgendem:

Im Jahre 1909 wurden die Streikposten. Der einzige Tagelöhner von Oelszig, 2 Köhler und 2 Arbeiter, die durch die Polizei von ihrem Dienst entlassen und 2 Polizeibeamten abgeholt und zum Hofe transportiert wurden. Als die Streikposten am 1. d. M. 1910, daß die Arbeiter sich mit den Streikposten unterhalten, wurde er als beständiger Polizeibeamter auf die Streikposten zu entsenden. Zum 1. d. M. 1910 wurde der Streikposten verboten.

wurde das angesehene Publikum aufgefordert, zuzuschauen. Trotzdem dieser Aufforderung sofort nachgelassen wurde, wurden die Streikenden von den Polizeibeamten beschimpft. Als das auch dem anwesenden Gauleiter des Steinlegerverbandes Schwandte passierte, fragte er, artig seinen Hut lässend, die Beamten nach ihrem Vorgehen, um die Beleidigten feststellen zu lassen. Ob dieser Provokation wurde er gepackt und von zwei Beamten abgeführt. Auf der Wache wurde ihm dieselbe Behandlung zuteil.

Nach einstündigem Arrest ging es zum Herrn Polizeikommissar, der wissen wollte, was Schwandte in Lohorn wollte. "Wollen es wohl machen wie in Moabit?" Nachdem ging es wieder dreiviertel Stunden in Arrest. Dem Gerichte vorgeführt, gesteht sich der Gerichtsschreiber in derselben Rolle und verlas Schwandte die Episteln, bis Schwandte dagegen protestierte und eine Behandlung beantragte, wie sie jedem Untersuchungsgefangenen zukomme, zumal ihm kein Vergehen nachgewiesen werden könne. Der Verhaftete wurde schließlich aus der Untersuchungshaft entlassen. Natürlich gibt die bürgerliche Presse entstellte Berichte heraus. Sie redet davon, daß die Arbeitswilligen mit Tätlichkeiten bedroht wurden; die Phantasie der Strikblase geht sogar soweit, zu berichten, daß die Streikenden das Steinplaster aufgerissen hätten, um Wurfgeschosse zu haben. Ferner wird erzählt, Schwandte habe sich zwischen die Schienen gestellt und trotz wiederholter Aufforderung nicht oder nur mehrmals stehen bleibend, den Platz verlassen; deshalb sei er verhaftet worden. Auch seien die Arbeitswilligen durch sein Auftreten derartig eingeschüchtert worden, daß sie mittags Lohorn verließen. Verhätungen von Schwandte nahm die noble Presse nicht auf. Gewisse Schwandte hat gegen das Auftreten der Polizeibeamten Beschwerde eingelegt.

§ Wann ist das Wort Streikbrecher eine Beleidigung?

Ein Bäcker hatte während eines Streiks in Frankfurt a. M. ein Flugblatt verteilt, in dem es hieß: "Hier werden hochgelobte Backwaren verkauft, die von Streikbrechern hergestellt werden." Dadurch fühlten sich drei Arbeitswillige beleidigt und stellten Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft leitete das Strafverfahren ein und der betreffende Bäcker wurde vom Schöffengericht zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er die Arbeitswilligen "Streikbrecher" genannt habe. Er legte dagegen bei der Strafkammer Berufung ein. Sein Verteidiger führte aus, daß das Wort "Streikbrecher" nicht immer als Beleidigung anzufassen sei. Im vorliegenden Falle sei es nur der prägnante Ausdruck für das Gegenteil von Streikenden. Es lasse sich das eben nicht anders zum Ausdruck bringen. Das Wort "Arbeitswilliger" umfasse nicht alles, was in dem Worte Streikbrecher liege. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung. Es handelt sich um die Bedeutung des Wortes Streikbrecher, so führte die Begründung des Urteils aus. Unter Umständen sei das eine Beleidigung, z. B. wenn es zugerufen werde. Aber wenn es, wie in dem Falle, nur als sachliche Bezeichnung für einen bestimmten Kreis von Personen verwendet werde, stelle es keine Beleidigung dar. Im dem Flugblatt habe damit gesagt sein sollen: Hier wird Brot verkauft, daß von solchen Gehilfen hergestellt wird, die den Streik brechen, d. h. die nicht mitstreiken. Eine Beleidigung sei darin nicht zu erblicken.

Rundschau.

— **Vage des deutschen Arbeitsmarktes.** Nach den an den "Arbeitsmarkt" berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweiser kamen im Durchschnitt im Oktober d. J. auf je 100 offene Stellen 131,03 Arbeitsuchende gegen 107,7 im September und 135,64 im Oktober 1909. Vergleicht man die Entwicklung des Angebots mit der vorjährigen, so zeigt sich, daß es im Vorjahre von September auf Oktober um 2,7, in diesem Jahre um 3,8 Prozent in die Höhe gegangen ist. Vor allem aber hat es sich im Vergleich zu 1909 auf fallend verhalten: die Zahl der Arbeitsuchenden ging im Oktober um 9,3 Prozent über die im Vorjahre hinaus, während sie im September erst einen Vorprung von 8,0 Prozent aufwies. Daß die Arbeitslosigkeit im allgemeinen sich nicht unbefriedigend entwickelt hat, geht schon daraus hervor, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften, gemessen an der Zahl der offenen Stellen, im Oktober um nahezu 13 Prozent größer war als 1909. Vornehmlich der Bezug weiblicher Arbeitskräfte hat stark zugenommen: er stellte sich im Oktober um 10,1 Prozent höher als 1909. Das Angebot männlicher Arbeitskräfte war um 8,9 Prozent größer als im Vorjahre. Der Andrang männlicher betrug im Oktober d. J. 147,3 gegen 154,2 im Vorjahre, der Andrang weiblicher 100,2 gegen 101,3. Die Nachfrage der Landwirtschaft ist unverändert reg.

Verbandsnachrichten.

Ausschreibung.

Die Stelle eines Sekretärs zur Bearbeitung der Streiks und Lohnbewegungen wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Es gehört zu den Aufgaben des Sekretärs, die Anträge auf Lohnbewegungen zur Prüfung für den Vorstand zu bearbeiten, vergleichbares Material zur Beurteilung der Lohnforderungen zu beschaffen und zu sichten.

Bewerber müssen rednerische Befähigung besitzen, Mitglieder des Verbandes sein und haben eine schriftliche Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit einzusenden; Angaben über Dauer ihrer Verbandszugehörigkeit und Alter sind erforderlich.

Außerdem ist eine selbständige schriftliche Arbeit über das Thema:

"Mittel und Wege bei Durchführung von Streiks und Lohnbewegungen"

mit der Aufschrift "Bewerbung" einzusenden.

Ferner werden drei Hilfskräfte gesucht für die in der Registratur und bei Erledigung der Unterstützungsansprüche vorkommenden Bureauarbeiten.

Bewerber müssen über eine flotte Handschrift verfügen, Mitglied des Verbandes sein und haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit, daneben Angaben über Alter und Dauer ihrer Verbandszugehörigkeit einzusenden.

Alle Anstellungen erfolgen nach den Beschlüssen des Verbandstages zu Leipzig.

Die Bewerbungen müssen bis zum 15. Dezember an die Adresse des Unterzeichneten eintrudeln werden.

Hannover, 19. November 1910.

Für den Vorstand:

Aug. Brey,
Nikolaistraße 7, Mittelhaus, 2. Et.

Ausschreibung.

Die Stelle eines Sekretärs für das zu errichtende statistisch-literarische Bureau wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Zu der Aufgabe des Sekretärs gehört es, gemeinschaftliches, statistisches, bibliographisches, volkswirtschaftliches Material zu sammeln, zu sichten und für den Gebrauch zur mündlichen und schriftlichen Agitation zweckdienlich zu beordnen.

Die Bewerber müssen Mitglieder des Verbandes sein und haben eine schriftliche Schilderung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit einzusenden; dabei sind auch Angaben über das Alter zu machen. Außerdem ist eine selbständige schriftliche Arbeit über das Thema:

"Die Statistik im Dienste der Gewerkschaftsbewegung"

einzusenden.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Leipziger Verbandstages.

Die Bewerbungen müssen bis zum 30. November an die Adresse des Unterzeichneten eingekandt werden.

Hannover, 14. November 1910.

Für den Vorstand:

Aug. Brey,
Nikolaistraße 7, Mittelhaus, 2. Etage.

Vom 15. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Finstertal 20,—, Frankenthal 300,—, Battershausen 300,—, Rauscha 110,—, R. 5,40, S. 3,—, Neubudum 120,25, Alzei 38,70, Lohnd 3000,—, Offenbach 1500,22, Dresden 1500,—, Jwockau 600,—, Heegermühle 600,—, Radeberg 500,—, R. 200,—, Finstertal 200,—, Weimar 100,—, Fürstberg 53,10, Flensburg 18,—, Wanneheim 10,50, Flensburg 2,—, W. —, 90, Köslin 1000,—, Chemnitz 1000,—, Bries 400,—, Sawaas 322,32, Althalbenleben 200,—, F. 15,—, Dessau 2000,—, Järich 1800,—, Bremen 1500,—, Wernburg 1000,—, Frankfurt a. O. 400,—, Brandenburg 250,—, Dömitz 100,—, F. 15,—, Mageln 3000,—, Neumünster 1000,—, Heidenhelm 400,—, Hennigsdorf 200,—, Galtrow i. M. 200,—, Freiberg i. B. 184,72, Nordenham 67,61, Glauchau 8,10, Pöln 1,—.

Schluss: Montag, 21. November, mittags 12 Uhr.

Fr. Pruns, Kassier.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1910 haben eingekandt:

Nordenham, Neubudum, Fürstberg, Alzei, Barel.

Der Notizkalender für das Jahr 1911 ist vergriffen.

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Pinneberg, 5 P. pro Woche und Mitglied.

Ausgeschloffen

auf Grund § 14 des Statuts sind die seitherigen Mitglieder der Zahlstelle Harburg a. E.

Stephan Diened, Buchnummer 257 382 eingetreten am 21. August 1907 und Theodor Meyer, Buchnummer 56 856, eingetreten am 1. November 1898.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Bücher:

- Nr. 370 815 für Ewald Behmann, eingetreten am 11. August 1909 in Berlin.
- Nr. 287 165 für E. Studwisch, eingetreten am 17. April 1908 in Braunschweig.
- Nr. 148 784 für Heinrich Hamann, eingetreten am 20. Dezember 1907 in Pöln a. Rh.
- Nr. 234 107 für Ludwig Wolf, eingetreten am 28. Februar 1907 in Nürnberg.
- Nr. 132 573 für Karl Weber, eingetreten am 12. März 1906 in Dresden.
- Nr. 198 842 für Richard Bernhardt, eingetreten am 9. September 1906 in Emden.
- Nr. 297 128 für Wilhelm Seemann, eingetreten am 8. Dezember 1907 in Flensburg.
- Nr. 404 für Wilhelm Fingelberg, eingetreten am 10. August 1903 in Hamburg-Altona.
- Nr. 405 für Frau Martha Fingelberg, eingetreten am 10. August 1903 in Hamburg-Altona.
- Nr. 322 069 für Fritz Geißler, eingetreten am 6. April 1908 in Hamburg.
- Nr. 19 004 für J. Christianien, eingetreten am 5. November 1898 in Hamburg-Altona.
- Nr. 370 490 für Wilhelm Sembrigli, eingetreten am 23. Oktober 1909 in Königsberg.
- Nr. 17 404 für Anna Geißler, eingetreten am 30. August 1904 in Magdeburg.
- Nr. 240 167 für Max Römer, eingetreten am 25. Januar 1908 in Neumarkt i. Schl.
- Nr. 359 726 für Konrad Schramm, eingetreten am 27. April 1909 in Nürnberg.
- Nr. 106 052 für Wenzel Szazina, eingetreten am 20. Januar 1906 in Plauenischer Grund.
- Nr. 358 848 für Willi Niel, eingetreten am 13. April 1909 in Schwansee a. E.

Karten:

- Nr. 70 154 für Jakob Kraus, eingetreten am 1. Januar 1910 in Freiburg i. B.
- Nr. 42 896 für Fr. Behrens, eingetreten am 8. November 1909 in Hildesheim.
- Nr. 110 495 für Sebastian Schwarz, eingetreten am 17. Juni 1910 in Pöln a. Rh.
- Nr. 103 523 für Paul Pöln, eingetreten am 26. Mai 1910 in Schmiedeberg i. R.

Wiedergefunden

und demnach wieder gültig ist die in Nr. 47 für ungültig erklärte Mitgliedskarte 44 772 für Wilhelm Wuhler, eingetreten am 21. August 1910 in Pöln a. E.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Stued. August Garbelmann, Bolperstraße 6. Glauchau. Richard Hamann, Charlottenstraße 6. Hager i. W. Reiseunterstützung wird bei Ernst Breil, Nemburgstraße 21 von 6—8 Uhr abends ausbezahlt. Lage i. B. Wilhelm Hermsmeier, Schulstraße.

Protokoll

vom 10. Verbandstag.

Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die Ortsverwaltungen.

Aus der chemischen Industrie.

Betriebsüberwachung in der chemischen Industrie durch die Berufsgenossenschaft.

II.

Unter der Rubrik „Feuer gefährliche, heiße und ätzende Stoffe“ finden sich einige bemerkenswerte Fälle: Die Schürze eines Arbeiters war mit Reichszündmasse bespritzt. Beim Arbeiten mit der Schürze entzündete sich die Masse durch Reibung an der Maschine. Er erlitt tödliche Brandwunden. — Ein Unternehmer verbrannte sich mit „Reichszündmasse“, wobei er ein Auge verlor und schwere Brandwunden erlitt. Eine alte Arbeiterin erklärte, daß die Reichszündmasse sich oft beim Verpacken entzündete, was bei anderen Mischungen nicht der Fall sei. Ein anderer Fall: Ein Arbeiter einer Lackfabrik hatte seinen Schurz beim Füllen eines Kessels mit Schwerbenzin benetzt. Trotz strengen Rauchverbots hätte er „wahrscheinlich“ seine Pfeife anzustechen wollen. Hierbei sei die Entzündung entstanden. Der Arbeiter wurde tödlich verletzt. Eine Arbeiterin wurde durch Benzindämpfe im Gesicht und an den Armen verbrannt, weil sie ein fast leeres Benzingefäß in heißes Wasser brachte.

In den höchsten Farbwerken verbrannte sich ein Arbeiter durch eine Schürze, die er sich aus einem Nitrofilter hergestellt hatte, dadurch, daß er sich angeblich eine Zigarette während der Frühstückspause anzündete. Der Bericht bemerkt hierbei, daß dieser Fall besonders hervorgehoben werden müsse, weil er auf dem Kongress der chemischen Arbeiter in Frankfurt als Beispiel angeführt worden sei, wie man „angeblich“ die Arbeiter in chemischen Fabriken ahnungslos in ihr Unglück rennen läßt. Auf unserem Kongress wurde in Wirklichkeit etwas ganz anderes gesagt. Laut Stenogramm führte der Redner nämlich folgendes aus:

„Weit wichtiger ist eine gründliche Aufklärung der Arbeiterschaft über die Giftgefahren. Sie kann sich nicht allein auf den Schul- und Fortbildungsunterricht beschränken, sondern muß einsehen in der Zeit, wo die Arbeiter in die Wanderjahre kommen, wenn sie in die Städte gehen. Da machen wir die Erfahrung, daß die Arbeiter, die vom Lande zureisen, in Unkenntnis der Gefahren in die Fabriken hineingehen. Manche Fabriken haben Belehrungsvorschriften herausgegeben. Zu Höchst, wo die Belehrung unterbleibt, hatte sich ein Arbeiter von Nitrofiltern Schürzen gemacht und auf einmal brannte er lichterloh, ein anderer machte sich von Nitrofiltern fogen. Fußlappen. Wenn die Arbeiter besser belehrt worden wären, könnten solche Fälle nicht vorkommen. Am meisten ist zu verurteilen, wenn selbst Großbetriebe, die riesige Reingewinne verteilen, nicht einmal so viel übrig haben, um Beamte einzusetzen, die die Arbeiterschaft im Betrieb über Vergiftungsgefahren unterrichten. Wenn es die Betriebsinhaber nicht selber tun, dann hat die Organisation vor allem die Aufgabe, das nachzuholen.“

Aus diesen Worten geht klar und deutlich hervor, daß die mündliche Belehrung gefordert wurde, weil der Anschlag der Unfallverhütungsvorschriften nicht genügt. Unter diesem Gesichtspunkt war die Berufung auf den angezogenen Fall durchaus berechtigt und die daran geknüpfte Kritik sehr milde.

Wie gefährlich chemische Produkte werden können, beweisen noch folgende Fälle: Ein Arbeiter kam in einer Farbfabrik dadurch zu Schaden, daß die glühende Masse aus der Vorlage herausgeschleudert wurde und ihn erheblich verbrannte. Vermutliche Ursache: Ein Wassertropfen. In einer Natriumfabrik wurde ein Arbeiter beim Ausschöpfen

von geschmolzenem Natrium verbrannt. Ursache: Ein Schweißtropfen, der in die Masse gefallen war. Durch Hineinfallen oder Abrutschen in niedrige Pfannen mit Bech, Natronlauge und Leimbrühe, wurde ein Arbeiter tödlich, 4 Arbeiter schwer verletzt. Gefragt wird über mangelhafte Anwendung von Schutzhelmen. Auch wir halten es für dringend notwendig, daß die Arbeiter sich solcher bedienen, obgleich es nicht besonders angenehm ist, die Dinger den ganzen Tag zu tragen.

Die Unfälle durch „giftige Gase und Stoffe“ haben einen Rückgang erfahren. Unter den Verletzten befinden sich auffallend viel Chemiker. Erwähnt wird hier der Unfall durch Einatmung von Camphylendämpfen, welcher sich 1908 in dem Betriebe der Aktiengesellschaft Schering, Charlottenburg, ereignete. Durch ein Entweichen von Professor Lewin-Berlin wurde die Berufsgenossenschaft zur Gewährung der Rente verurteilt. — Beim Brand eines Pulvertrockenhauses erstickten 2 Arbeiter. — Beim Löschen eines Brandes in einer Vulkanisierstätte vergiftete sich ein Arbeiter durch Einatmung von Schwefelkohlenstoffdämpfen. — Durch Benzoldämpfe, die in den Arbeitsraum traten, wurden 2 Arbeiter vergiftet.

Die Rubrik: „Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen“ verzeichnet mehrere Unfälle, welche durch herabfallende Superphosphatbrocken und herabfallende Steine, sowie Einsturz von Warenstapeln hervorgerufen worden sind. In einer Dingerfabrik stürzte infolge Morscherwens der Sack ein Stapel ein, wobei zwei einen Rollwagen vorüberfahrende Arbeiter schwere Fußverletzungen davongetragen haben.

Unter „Fall von Leitern, Treppen, in Gruben“ verzeichnet der Bericht die Tatsache, daß noch zahlreiche Treppen ohne Geländer oder mit defekten Stufen, Leitern ohne Sicherungen gegen Ausgleiten oder mit zerbrochenen Sprossen usw. vorgefunden werden. Solche das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gefährdende Mängel sind eine Folge mangelhafter Instandhaltung derartiger Arbeitsgeräte. Ein Arbeiter fiel mit dem Schuttkarren in eine Kalkgrube, zog sich eine Darmzerreißung zu und starb an den erhaltenen Verletzungen. Ein anderer Arbeiter glitt aus, fiel gegen das Geländer, dieses brach und er stürzte noch 2 1/2 Meter hinab. — Ein Chemiker fiel in der Dunkelheit in eine offenstehende, mit 80 Gradigem Kondenswasser gefüllte Grube. Er starb an den erlittenen Verletzungen.

Ein trauriges Ende fand ein Arbeiter, welcher ohne Aufsicht einen Ammoniak-Destillationsapparat reinigte, wobei er zur Beleuchtung eine elektrische Glühlampe benutzte. Die vorhandenen Blutsprünge ließen darauf schließen, daß der Arbeiter zu Fall kam. Hierbei wurde die Isolierung der Lampe beschädigt. Obgleich der Arbeiter um Hilfe rief, kümmerte sich niemand um das Rufen; erst als in der Mittagspause sein Kind nach ihm fragte, fand man ihn im Apparat, die brennende elektrische Glühlampe auf der nackten Brust, tot vor. Die Brust wies eine große Brandwunde auf. Der Arbeiter kam, wie so mancher andre, aus reiner Profitgier des Unternehmers zu Tode, weil letzterer nicht dafür sorgte, daß die nötige Aufsicht vorhanden war.

Die fortwährende Kritik der Arbeiterpresse hat die Berufsgenossenschaft veranlaßt, eine Aufstellung zu machen, wen die Schuld an den vielen Unfällen trifft. Sie kommt zu dem Schluß, daß in den meisten Fällen die Arbeiter Schuld haben. Wie die Ursachen der Unfälle festgestellt wurden, läßt sich aus dem Bericht nicht ersehen, der „ sorgfältigen Prüfung“ durch die Aufsichtsbeamten stehen wir sehr skeptisch gegenüber. Am allerwenigsten werden die Arbeiter gehört worden sein, so daß nur ein einseitiges Resultat in

dieser Hinsicht zutage gefördert werden konnte. Aber selbst wenn wir die Aufstellung als richtig anerkennen, ist das Schuldkonto der Unternehmer noch ungeheuer groß. Nach der Statistik entfielen von 12 394 Unfällen auf:

Mangelhafte Betriebsanrichtung	506 Fälle
Keine oder ungenügende Anweisung	107 „
Fehlen von Schutzvorrichtungen	249 „
Nichtbenutzung oder Beseitigung der Schutzvorrichtungen	181 „
Handeln wider bestehende Vorschriften	602 „
Leichtsinn (Walgerei, Wiederei)	115 „
Ungehilflichkeit, Unvorsichtigkeit	5203 „
Ungeeignete Kleidung	55 „
Fehlen von Schutzvorrichtungen und Unachtsamkeit	159 „
Schuld von Mitarbeitern	358 „
Sonstige in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen	2301 „
Unglücklicher Zufall, nicht zu ermittelnde Ursachen	2558 „

Rund 1000 Unfälle können direkt auf das Konto der Unternehmer gesetzt werden, aber nur 115 Fälle auf das Konto der Arbeiter. Denn die 1141 Fälle die auf Nichtbenutzung oder Beseitigung der Schutzvorrichtungen, Handeln wider die bestehenden Vorschriften, Schuld von Mitarbeitern zurückgeführt werden, können nicht ohne weiteres den Arbeitern zugeschoben werden, denn die Statistik lehrt, daß oft durch Antrieberei die Arbeiter veranlaßt werden, die notwendigen Schutzmaßnahmen außer acht zu lassen. Mutwillig wird kein Mitarbeiter seinen Kollegen einen Unfall zufügen wollen. Auch die 5302 Fälle, die durch Ungehilflichkeit und Unvorsichtigkeit auf die Arbeiter abgewälzt werden sollen, können ohne einwandfreie Untersuchung nicht den Arbeitern aufgebürdet werden. Wir können die Tabelle nicht als einwandfrei betrachten, solange den Arbeitern und ihren Organisationen nicht das Recht eingeräumt wird, in unparteiischer Weise mit zur Aufklärung der Ursachen der Unglücksfälle beizutragen. Gar oft hört man nach einem Unfall die Meinungen, daß bei weniger Antrieberei der Unfall nicht passiert wäre. Die Aufsichtsbeamten sind bis jetzt den Beweis schuldig geblieben, in allen Fällen die Arbeiter bei Abwesenheit des Unternehmers zur Aufklärung der Sache zugezogen zu haben.

Der Tätigkeitsbericht beweist die Notwendigkeit der Aufklärung der Arbeiter, besonders über die gewerblichen Gifte. Die Zahl der Unfälle wird jedoch erst dann eine erhebliche Abnahme erfahren, wenn eine starke Organisation der Arbeiter in der Lage ist, allen chemischen Arbeitern einen Rückhalt zu bieten, falls sie die Einhaltung der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften verlangen. Den Verband so stark und schlagfertig zu gestalten ist die Aufgabe aller organisierten Arbeiter in der chemischen Industrie

× Profite 1909/10.

Für nachfolgende Firmen hat sich das abgelaufene Geschäftsjahr günstig gestaltet. Es verteilten:

	Dividende	
	1909/10 Prozent	1908/09 Prozent
Chemische Fabriken Harburg-Stassfurt vorm. Thörl u. Herdmann	10	10
Salzwerk, Heilbrunn	12	12
Farbwerke Franz Rosquin, Mülheim a. Rh.	12	10
Deutsche Mineralölindustrie, Köln	6	6
Vereinigte Gummiabriken Harburg-Wien	7	6
Stanniolfabrik Ohles Erben, Breslau	9	9

Die angeführten Gesellschaften haben größtenteils ihre Dividende im gleichen Satz des Vorjahres zur Auszahlung gebracht, die Harburger Gummiabrik hat sogar eine Steigerung um 1 Prozent zu verzeichnen. Das bedeutet für die Aktionäre eine Bonuszulage von 16 1/2 Prozent. Die Stanniolfabrik in Breslau, die die niedrigsten Löhne in der Branche bezahlt, ist ganz gut in der Lage, ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Ohne Organisation werden die dortigen Kollegen aber nichts bekommen; sie sollten sich deshalb an ihren Ggpeiner Kollegen ein Beispiel nehmen.

× Ungarns Anschluß an die Berner Konvention!

Wir berichteten kürzlich, daß der ungarische Minister Hieronymy sich anlässlich einer Interpellation über die Häufigkeit der Phosphorvernebelung äußerte, daß diese Krankheit nur durch gezieltes Verbot der Verwendung von weißem und gelbem Phosphor beseitigt werden könnte. Nunmehr hat das ungarische Handelsministerium dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage über das Verbot der Verwendung von weißem und gelbem Phosphor zugehen lassen. Gefordert wird, daß die Verwendung von Phosphor am 1. Juli 1912, der Verkauf der Phosphorzündwaren am 1. Januar 1913 aufgehoben wird. Die geradezu katastrophalen Zustände der ungarischen Zündholzindustrie bedürfen einer schleunigen Abhilfe. Jedenfalls ist mit Bestimmtheit vorauszuweisen, daß die Vorlage angenommen wird. Außerhalb der Konvention ständen von europäischen Ländern dann noch Spanien und einige kleine Staaten von untergeordneter Bedeutung.

× Noch etwas aus der B. A. S. F.

Die Badeeinrichtungen in der chemischen Industrie werden oft als musterhaft bewundert. Es muß auch zugegeben werden, daß die chemische Industrie vielen anderen Industrien hierin voraus ist. Das hat aber keinen guten Grund. Geht den Fall, die Anilin in Ludwigshafen hätte keine Badeeinrichtungen, die Arbeiter würden mit ihrem Arbeiterkleid auf die Straße gehen, in kürzester Zeit wäre ganz Ludwigshafen entvölkert. Eine Stadt, wo die chemische Industrie vorherrschend ist, würde ohne diese „Börsenfabriken“ ein Bild des Entsetzens bieten, ganz abgesehen von den Schädigungen, die den Arbeiterfamilien und deren Umgebung durch Übertragung der Gifte zugefügt würde. Aber selbst diese notwendigen Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter lassen in der Anilin viel, sehr viel zu wünschen übrig. Das Anilinbad im Bau 77 hat 26 Baderellen, die für etwa 260 Arbeiter ausreichen sollen. Dasselbe Bad wird aber noch von vielen Handwerkern benutzt, weil eine geregelte Aufsicht dieses Bades fehlt. Die Arbeiter gehen in eine Baderelle, suchen sich an und treten wieder heraus, um sich einzuseifen. Dieses geschieht in einem Gang, der zwar durch Türen abgegrenzt ist, aber keinen Schutz vor Entfaltungen bietet, da während des Badens Arbeiter ein- und ausgehen. Auf eine Brause kommen 9 bis 10 Arbeiter, die in 25 Minuten fertig werden sollen. Die Anilinfarbe hatten aber so fest an der Haut, daß sie mit schwefeliger Säure gebleicht werden müssen. Teilweise schüttern sich die Arbeiter Gesicht und Hände mit Lehm ein. Vor der Frühstückspause haben die Arbeiter keine Zeit zum Baden. Notdürftig werden die Hände gewaschen, der Lehm ein wenig

Platin- oder Quarzgefäße.

Von den mannigfachen Materialien, die in letzter Zeit in die Technik neu eingeführt wurden, ist eines der interessantesten das Quarzglas. Wohl sah man schon vor mehreren Jahren gelegentlich Röhren, die aus geschmolzenem Bergkristall hergestellt waren, eine Industrie in größerem Umfange konnte jedoch erst entstehen, als man in dem Glasmacherland einen billigeren Ersatz für den Bergkristall, der meist aus Brasilien stammte, gefunden hatte. Auch die Herstellungsverfahren wurden in der letzten Zeit wesentlich vereinfacht und verbessert, so daß sich das Quarzglas in verhältnismäßig kurzer Zeit schon ein sehr großes Anwendungsgebiet erobert hat. Die Herstellung beschränkt sich nicht auf die Glasfabrikation, in dem Schmelzen des Quarzandes und dem Formen der Schmelze zu den gewünschten Gegenständen. Zum Schmelzen von Quarz ist eine Temperatur von ungefähr 2000 Grad C notwendig; man bedient sich hierzu des Knallgasgebläses oder neuerdings des elektrischen Ofens. Das Formen ist infolge der großen Zähigkeit der Schmelze mit ziemlichen Schwierigkeiten verknüpft, die indessen von einigen Erfindern auf sehr geschickte Weise behoben wurden. Was nun das Quarzglas von unsern gewöhnlichen Gläsern unterscheidet, ist vor allem seine unbedingte Beständigkeit gegen schroffen Temperaturwechsel. Man kann weißglühendes Quarzglas in eiskaltes Wasser tauchen, ohne daß es springt. Der Grund für dieses merkwürdige Verhalten ist, daß amorpher Quarz sich fast gar nicht ausdehnt, daß also nicht, wie beim gewöhnlichen Glase, bei plötzlicher Abkühlung eine starke Zusammenziehung eintritt, die das Springen verursacht. Zwei weitere hervorragende Eigenschaften des Quarzglases sind seine große Säurebeständigkeit und hohe Schmelztemperatur, die für seine Verwendung zu technischen Zwecken von ausschlaggebender Bedeutung sind. So kommt es, daß sich hauptsächlich die chemische Industrie und hier vor allem die Säure-Industrie des neuen Materials angenommen hat, das in vielen Fällen das Porzellan und das sehr teure Platin vollständig ersetzt. Außer Schalen, Röhren, Schmelztiegeln und Ruffeln fertigt man jetzt auch Thermometer aus Quarzglas; in der Elektrochemie verwendet man es bei dem Bau von Quecksilberdampfzellen und zu Jodierungen. Aber die Verwendbarkeit des Quarzglases beschränkt sich nicht auf industrielle Zwecke allein, es werden aus ihm auch Kochtöpfe für den Haushalt, Wandplatten und kunstgewerbliche Gegenstände hergestellt, die sich durch ihren schonen perlmutartigen Glanz auszeichnen. Da sich in Deutschland bereits mehrere Fabriken mit der Herstellung von Quarzglas befaßt, so werden diese Produkte bald weitere Verbreitung finden.

Ein weiterer Vorteil besteht bei Verwendung von Quarzgefäßen darin, daß die Gefäße der „Langfinger“ nicht mehr so einträglich werden. So wurden seit Anfang dieses Jahres in einer ganzen Anzahl chemischer Laboratorien der Universitäten und Hochschulen in Bonn, Gießen, Straßburg, Stuttgart, Heidelberg, Paris, Basel, Zürich usw. Einbruchdiebstähle ausgeführt und Platingeräte gestohlen. Die Ganer stellten sich als Chemiker vor mit dem Wunsch eine Besichtigung der Laboratorien vornehmen zu dürfen, die ihnen bereitwillig gestattet wurde. Aus lauter Dankbarkeitsgefühl mochten sie mit Vorliebe die aus Platin hergestellten Geräte.

Das Niesenwort.

Mit dem Syphilis-Heilmittel Paul Ehrlich's setzt sich nun auch der „Ul“ auseinander, indem er, ein echter Berliner, das an ihm ausieht, was ihm im Volksmund in der Tat im Wege stehen mag: die unendliche Länge seines chemischen Namens:

Paul Ehrlich aus Frankfurt, der Mänschheit Erretter, Dein Sieg und Erfolg ist ein völlig kompletter! Du sandest das Mittel, womit man die Seuche, Die qualvoll gemeine, bekämpfe und scheuche.

Es werden dich rühnen die Völker und Zeiten, Und in die Unferlichkeit jeh' ich dich schreiben. Gern lob' ich dich, Ehrlich! Ich lob' auch dein Mittel, Nur find' ich einseitlich vom Mittel den Titel.

Und soll ich ihn sagen, dann wird mir nicht wohl: „Dichlorhydratdioxidamidoarsenobenzol“
Nur kann man das Scheusal in etwas beschämen, Man braucht es nur klar auseinanderzunehmen, Dann lingt's nicht so völlig wie Rüben und Kohl: „Dichlorhydratdioxidamidoarsenobenzol“

Und doch möcht' ich raten: statt diesem Gellapper, O Ehrlich, such' einen Titel, der knapper, Sankt können die Leute und rufen in Angst: „Nur hier währt Ehrlich mal wieder a m l ä n g l i e n“

vom Mund gewischt und dann geht's zum Essen. Mit welchem Appetit, als sich jeder ausmalen! Der Baderraum dient auch gleichzeitig als Speiseraum. Infolge des Schmutzes, der sich durch die starke Benutzung der mit den verschiedensten Farben behaltene Arbeiter ergibt, stellen sich die Arbeiter nach dem Baden auf Bänke und Tische, wie es gerade der Platz erlaubt, trocken sich ab und ziehen sich um. Auf dem Platz, wo eben ein Arbeiter sich nach hinsetzt, nimmt im nächsten Augenblick ein anderer sein Platz ein. Neben den Schnaps des einen stellt ein anderer die Behälter mit schwefeliger Säure. Sollten alle diese Pflichten der Fabrikarbeit nicht genügen sein? Die Bademeister könnten für etwas mehr Ordnung sorgen. Die Feuerer sind häufig nicht geübt, wenn die Arbeiter haben wollen. Fordern die Arbeiter die Schließung der Feuerer, so wird dem nicht immer Folge gegeben. Die Reinigung der Garderobenschränke läßt viel zu wünschen übrig. Säle und Mägen werden voller Farbe, sobald damit die Bretter berührt werden. Sind Bademeister angefaßt, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß sie den Dienst im Bad verrichten. Manchmal fehlt es an Wasser, häufig ist es zu heiß, manchmal auch zu kalt. Durch mangelhafte Lüftung des Bades während der Arbeitszeit sind den Arbeitern schon Schübe, Arbeitsstolen und Geld abhanden gekommen. Die Mülltüte hat sich gelüftet, indem sie durch Anschlag bekannt gegeben hat, daß sie für abhanden gekommene Sachen keinen Ersatz leistet. Wenn nicht, dann muß sie aber für genügende Aufsicht sorgen. Im Lichtgrün und Wollgrün nehmen die Arbeiter ihr Essen im Arbeitsraum ein. Weides sind schmutzige Arbeitsstätten. Im Bau 223, Wollgrün, läuft die unbedeckte Transmissionsleitung über den Gassen, während die Arbeiter daran essen. Die Arbeiter erwarten Abhilfe.

Arbeiterbad oder Hundebad?

Von den Arbeitern des Chemikalienwerks Mag u. Müller in Griesheim gehen uns folgende Klagen zu über die schlechten hygienischen Einrichtungen des Betriebes. Bei der Lohnbewegung im Juni d. J. erklärte die Direktion, daß sie die Wünsche und Ansichten der Organisation in der Lohnfrage gern höre, im übrigen aber nur den Arbeiterausschuß als diejenige Instanz ansehe, die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter mit der Direktion regelt. Sie habe von ihrem Recht, ebenfalls einige Arbeiter in den Arbeiterausschuß zu ernennen, Gebrauch gemacht und, man staune, zwei leibhaftige Sozialdemokraten ernannt. Jedenfalls könnte der Arbeiterausschuß die Vorwürfe der Unzufriedenheit gemacht werden. Mit Verlaute, geehrte Direktion, die Sache hat 'nen Haken. Der Arbeiterausschuß wird nicht anerkannt; man erinnert sich seiner höchsten in Zeiten der Not, wenn das Feuer der Direktion auf den Kägeln brennt und man nicht gerne mit der Organisation verhandelt, weil man glaubt, die Arbeiter eher breitzulagen zu können. Die Vorsehung der Badeeinrichtung wurde anlässlich der Lohnbewegung gefordert und auch zugesagt. Die Badeeinrichtung wurde in Angriff genommen und verbessert; die Hauptfache aber fehlt: das Wasser. Sollte da dieser Lage ein Arbeiter ein Wannenbad nehmen. Da Wasser fehlt, holte sich der Arbeiter ein kleines warmes Wasser. Bekannt ist ja bei der Klärfahr mit seinen Kleidern, daß Direktor Schöbärs köler sich recht behaglich in dem warmen Wasser wusch. Im Auftrage seines gestrigen Herrn wurde der Köder einer Reinigung unterzogen. Ist denn das Bad als Hundebad eingerichtet? Hunde und Arbeiter einen Baderraum und eine Badewanne! Da hört sich alles auf. Der Arbeiterausschuß, der von einer Betriebsverwaltung beauftragt wurde, bei der Direktion um Vorsehung der Pflichten vorstellig zu werden, wurde nicht gehört. Auch hat man in letzter Zeit wieder den Versuch gemacht, die Einstellungsstärke zu reduzieren; nachdem sich die Arbeiter dagegen gewehrt haben, ist wieder alles beim alten geblieben. Die Arbeiter mögen daraus erfahren, daß ein gutes Organisationsverhältnis sie vor Schäden bewahren und ihren Wünschen Nachdruck verleihen kann.

Unfallliste.

Aus der Anilin. Am 11. November verunglückte der Arbeiter Jung im Indigo-Waggon beim Fassabnehmen vom Lager dadurch, daß der Hebel am Triebwerk ihm an den Arm und Kopf schlug. Hierbei ist zu bemerken, daß der Arbeiter erst 8 Tage im Betrieb ist und sich an dem Triebwerk nicht auskennt.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Die Ziegelindustrie Bayerns 1909.

I.

Im Jahre 1909 ist auch die bayerische Ziegelindustrie von der Krise ergriffen worden. Während im Jahre 1908 noch eine Steigerung der Zahl der Ziegeleien und der darin Beschäftigten zu verzeichnen war, ist 1909 das Gegenteil eingetreten. Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ging die Zahl der Ziegeleien von 891 auf 864 und die Zahl der beschäftigten Personen von 24 596 auf 23 640 zurück. Mithin waren im Berichtsjahre 27 Ziegeleien weniger in Betrieb und 956 Personen weniger beschäftigt als im Jahre 1908. Der Rückgang wäre noch bedeutender gewesen, wenn er nicht durch die Aufschwüme der pfälzischen Ziegelindustrie gehemmt worden wäre. Würden doch in der Pfalz 594 Arbeiter mehr beschäftigt als im Vorjahre, so daß dort sogar noch die Beschäftigungsziffer von 1907 erreicht wurde. Die einzelnen Kreise ergeben folgendes Bild:

Kreis	Zahl der Ziegeleien	Zahl der Beschäftigten	+ Zunahme - Abnahme		
Oberbayern	194	185	6079	5484	- 595
Niederbayern	126	120	1648	4314	- 334
Pfalz	157	146	3932	4496	+ 564
Schwaben	109	106	2584	2444	- 90
Bayrische Franken	68	68	2255	2136	- 119
Unterfranken	133	125	2270	2081	- 189
Oberfranken	54	52	1903	1733	- 170
Mittelfranken	59	59	1005	952	- 53
Summe	891	864	24596	23640	- 956

Die pfälzische Ziegelindustrie hat aber doch einen kleinen Vorzug gegenüber den übrigen Kreisen: nämlich einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Beschäftigten — der Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kinder — gegenüber den erwachsenen männlichen Arbeitern. So betrug im Jahre 1909 die Zahl der erwachsenen Arbeiter um 85% = 1,9 Prozent, die der Arbeiterinnen und Jugendlichen dagegen um 15% = 9,4 Prozent. Dieses Verhältnis ist im wesentlichen auf die Einführung und Verbesserung der mechanischen Anlagen zurückzuführen, wodurch ein großer Teil der leistungsfähigen Arbeit im Vergleich kommt. Aber auch die niedrige Entlohnung der Männer ist dabei nicht ohne Bedeutung. Nach den Berichten der Ziegelwerksverwaltungen hat der durchschnittliche Jahresverdienst der Ziegelarbeiter in Bayern um 117 Mk. unter dem Durchschnittsverdienst im gesamten Reich um 240 Mk. unter dem Durchschnittsverdienst in der Rheinprovinz. Bei fast allen Ziegeleien ist es für die Ziegelarbeiter verhältnismäßig schwierig, einen Arbeitsplatz zu bekommen, deren Ausübung durch mechanische Hilfsmittel eingeschränkt wird. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen, Jugendlichen und

Kindern ist aber trotz des Rückganges immer noch erheblich. Sie beträgt mit 5669 Personen 23,9 Prozent der gesamten Beschäftigungsziffer. In den einzelnen Kreisen ist dieser Prozentsatz natürlich verschieden. Am höchsten ist er in Niederbayern, wo er bei 1459 beschäftigten Frauen, Jugendlichen und Kindern 33,8 Prozent ausmacht. Es folgt dann die Oberpfalz mit 27,2 Prozent, die Pfalz mit 24, Oberbayern mit 23, Schwaben mit 22,7, Oberfranken mit 20,2, Unterfranken mit 19,7 und Mittelfranken mit 11,4 Prozent. Diese Verhältnisse zeitigen natürlich auch eine Unmenge von Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze. Im Berichtsjahre gingen dieselben allerdings etwas zurück, sie verringerten sich gegen das Vorjahr um 9,2 Prozent, indem sie von 1025 auf 930 fielen. Diese Besserung ist aber nur eine scheinbare; die Abnahme der Gesetzesübertretungen durch die Ziegeleiunternehmer ist nur eine absolute, während prozentual eine Steigerung zu verzeichnen ist. Denn vor allem verringerte sich ja die Zahl der billigen Arbeitskräfte, in deren Interesse die Schutzgesetze erlassen sind, um 9,4 Prozent, und dann ist auch die Zahl der revidierten Ziegeleien geringer als im Vorjahre. Das Pflichtgefühl und die Achtung vor dem Gesetz hat sich mithin bei den Ziegeleiunternehmern im Berichtsjahre durchaus nicht gehoben. Dessenungeachtet hat ihnen die Behörde ihr Wohlwollen in gesteigertem Maße entgegengebracht. Denn obwohl die absolute Abnahme der Gesetzesübertretungen nur 9,2 Prozent beträgt, ging die Zahl der bestraften Unternehmer von 99 auf 74, also um 25,3 Prozent, zurück. Die Gesetzesrevue werden diese Nachrichten zu würdigen wissen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Unternehmer aus dem Wohlwollen der Behörden möglichst viel Kapital zu schlagen suchen. Nicht nur, daß sie die weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte zu gesetzlich unerlaubten Arbeiten heranziehen, sondern auch die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit wird erheblich überschritten. So wurden im Bezirk München in 18 Ziegeleien 79 Jugendliche angetroffen, deren Arbeitszeit schon vor 5 1/2 Uhr morgens begann, und die täglich 12 Stunden beschäftigt wurden. Dasselbe wird auch aus mehreren Ziegeleien in Schwaben, Niederbayern und der Oberpfalz berichtet. Ein Ziegeleibesitzer des Münchner Bezirks beschwerte sich sogar bei der Gewerbeinspektion darüber, daß die jugendlichen italienischen Arbeiter zum Besuche der Fortbildungsschule gezwungen würden. Diese hätten doch keinen Nutzen davon, sondern würden nur von den andern Schülern gemockt und gehöhnt, meinte er. Die Beschwerde ist natürlich nicht diktiert von der Besorgnis um die jugendlichen Arbeiter, sondern von der Sorge um den Profit, der dem guten Mann dabei entgeht. Vielleicht befürchtet er auch, daß durch die Fortbildungsschulen den jungen ausländischen Arbeitern etwas Wissen und Sprachkenntnisse beigebracht werden, was den Ziegeleiunternehmern unangenehm werden könnte.

In zahlreichen Ziegeleien mußte jugendlichen Arbeitern der Transport von Steinen und Lehm mittels Schiebkarren, die Bedienung der Revolverpressen, das Formen von Ziegeln und Schamottesteinen und die Beschäftigung bei der Gewinnung von Rohmaterial unterzogen werden. Dasselbe gilt auch für Kinder unter 13 Jahren, die meistens mit Steineabtragen und in einem Fall im Ringofen beschäftigt waren. Wegen dieser Verstöße wurden in Oberbayern 5 Ziegeleibesitzer und 10 Ziegelemeister mit Geldstrafen von 5—60 Mk. bestraft. Die geringe Höhe der Strafen wird die Ziegeleiunternehmer nicht zu gesetzlicher Pflichterfüllung erziehen, sondern sie nur zu größerer Vorsicht vor dem Gewissensbisse mahnen. Die Ausbeutung der Jugendlichen wird den Unternehmern allerdings in manchen Fällen recht leicht gemacht. So wird z. B. aus der Pfalz berichtet, daß dort die Affordarbeiter in den Ziegeleien ihre Kinder zur Mitarbeit heranziehen, um ihren Verdienst etwas aufzubessern. Die Unternehmer sind natürlich damit einverstanden, denn solange die Arbeiter mit Hilfe ihrer Kinder noch so viel verdienen, daß sie dem Hunger noch einigermaßen trohnen können, bleiben sie von jeder Lohnforderung verschont. Sie glauben sich ihrer strafrechtlichen Verantwortung dadurch entziehen zu können, daß sie die Affordarbeiter auf das Ungeheure der Kinderbeschäftigung „aufmerksam machen“. Der Aufsichtsbeamte hat nun gerügt, daß diese Vorkommnisse sehr zweifelhaft. Die Unternehmer werden im günstigsten Fall eine Verwarnung erhalten und wenn sie später wieder einmal erwischt werden, so gibt es eine geringe Geldstrafe, die sie unterdessen hundertfältig aus der Kinderbeschäftigung gezogen haben. Den Arbeitern aber scheint es gar nicht bewußt zu sein, wie schwer sie dabei nicht nur die geistige und körperliche Gesundheit ihrer Kinder schädigen, sondern auch die Verbesserung ihrer Existenz hemmen.

Die Uebertretungen der Gesetze zum Schutze der Arbeiterinnen sind im allgemeinen der gleichen Natur wie bei den Jugendlichen. Ueber unzulässige Beschäftigung oder Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen wird aus allen Kreisen berichtet. In Schwaben und Oberbayern wurden Arbeiterinnen beim Besetzen der Ringöfen angetroffen, in Mittelfranken und Niederbayern war ihnen der Transport von Ziegelfeinen und eingeschlepptem Lehm mittels Schiebkarren auf weichen Bahnen zu unterzogen, im Bezirk München wurden Arbeiterinnen täglich bis zu 12 Stunden beschäftigt usw. Es sind das die alten Uebelstände, die Jahr für Jahr in derselben Gestalt und Anzahl wiederkehren, trotz aller Beamten, Revisionen und Strafen. Eine Besserung wird hier erst eintreten, wenn die Arbeiter selbst stark genug sind, um nach dem Rechten zu sehen. Wie heute, allen Schutzgesetzen zum Trotz, mit der Arbeitergesundheit umgegangen wird, zeigt folgende Meldung aus Oberbayern: Bei einer Revision wurde in einer Ziegelei eine Arbeiterin angetroffen, die infolge Ueberanstrengung — Tragen von gefornen Steinen — schwer erkrankt war. Auf Antrag des revidierenden Beamten wurde sofort ein Arzt herbeigerufen. Aus dem Bericht geht leider nicht hervor, was mit der Schwerkranken geschah, wie lange sie schon darniederlag, bevor der Beamte eintraf und in welcher Weise die Ueberanstrengung herbeigeführt wurde. Vielleicht hätte man da allerlei Interessantes, viel-

leicht auch Schreckliches erfahren können. Aber immerhin ist es schon bezeichnend, daß erst der Beamte die Zuziehung eines Arztes veranlassen mußte. Wäre die Revision nicht erfolgt, so wäre sich die Schwerkranken wohl noch länger hilflos überlassen geblieben. Wenn des Ziegeleibesitzers Pferd oder des Ziegelemeisters Schwein erkrankt, so verläßt man sich nicht auf derartige Zufälligkeiten, da wird der Arzt sofort requiriert, damit das teure Schwein nicht kaputt geht. Aber so eine Arbeiterin, die dann verberben, denn die ist ja leicht und billig zu ersetzen. Diese Geringschätzung und Mißachtung der Arbeiter, die in der Ziegelindustrie in mannigfacher Weise zum Ausdruck gebracht wird, ist aber nur ein Produkt der kümmerlichen Organisationsverhältnisse. Wer sich als Knecht gebildet, wird als Knecht behandelt.

Aus der Papierindustrie.

Die Produktionssteigerung in der Papierindustrie und die Arbeiter.

Vor reichlich Jahresfrist wurde in einigen Artikeln über die Lage der Papierindustrie im „Proletarier“ darauf hingewiesen, daß die deutsche Papierfabrikation technisch hinter ihre Konkurrenzländern zurückgeblieben sei, daß sie vor allem nicht so leistungsfähige Papiermaschinen habe. Die Konstatierung dieser Tatsache hat, nach dem Bericht unres. Redakteurs auf dem Verbandstage in Halle, einige Kollegen veranlaßt, der Redaktion mitzuteilen, daß die Papierindustrie sich nach den modernen Schmelzläufers gar nicht lehne. Die in diesen Aufsätzen ausgeführte rüchliche Auffassung nötigt uns zu einigen Bemerkungen. Vor allem sei bemerkt, daß wir die Umwandlung der Papierindustrie zu modernen Betrieben selbst dann nicht hindern könnten, wenn wir es wollten; sie vollzieht sich allen Bemühungen und Vorarbeiten zum Trotz. Immer mehr werden die alten Karren außer Ansatz gesetzt und moderne Schnellläufer treten an ihre Stelle. Die alten Pappmaschinen werden durch große Rundstiebartmaschinen ersetzt, in den Schleifereien verrichtet ein Magazinschleifer die Arbeit von zehn Arbeitern. Das einseitig glatte Zellulosepapier, ein Zeugnis der modernen Betriebe, verdrängt immer mehr das alte Sägen- und Papppapier. Wegen dieser Entwicklung hilft kein Sträuben. Aber wir haben meines Erachtens nach gar keine Ursache, uns vor den Papierfabrikanten, die so viel über die Verdrängung der Kleinbetriebe durch den Großbetrieb jammern, anzustellen zu lassen. Denn ich halte die Annahme der Kollegen, die modernen Maschinen brächten ihnen vermehrte Arbeit, für durchaus irrig. Im Gegenteil, die Einführung moderner Maschinen — und moderner Arbeitsräume selbstverständlich — kann den Papierfabrikanten ihre Arbeit ganz wesentlich erleichtern. Wenigstens dann, wenn sie intelligent und ehrlich genug sind, sich Berücksichtigung ihrer Interessen zu erlauben. Gesteigerte Produktion ist nicht immer gleichbedeutend mit gesteigerter Arbeitsleistung. Wir brauchen nur an die vergangene Zeit in unserer Industrie zu denken, wo noch der Fuchschwanz nach alter Methode gehandhabt wurde, und kein Mensch wird sagen, daß moderne Querschneider hätte uns mehr Arbeit gebracht. Zumindest die Arbeiter der Papierindustrie die obige Voraussetzung erfüllen, ist allerdings ein Kapitel für sich. Wenn sie in der gleichen Weise wie in den letzten Jahrzehnten erwartungslos, aber ständig diesen neuen Umwälzungen zusehen, so werden sie allerdings immer zu kurz kommen. Arbeiter, wie sie sich hier Dinge, der Sekretär der Papierindustriellen, in seiner letzten Scharfmacherrede wünscht, die bei 2,60 Mark für den Tag über den Preis im Steigerungs als den Sozialistenmarkt fingen, werden bei modernen Maschinen so gut genährt wie bei veralteten. Aber gerade in der Entwicklung der modernen Technik und Erhaltung großer Betriebe kann der Organisationsgedanke in der Papierindustrie gedeihen. Dieser unumgängliche Beweis haben uns die letzten Jahre erbracht. In den großen Betrieben wird eine intelligente Arbeiterklasse getücht, die allen Forderungen gewachsen ist. In diesen Betrieben hat sich auch der Kampf unserer Organisation zusammengefunden.

Doch betrachten wir kurz die Zustände der „guten alten Zeit“, die allerdings für viele Papierfabrikarbeiter noch Gegenwart ist. Kommen wir in die Nähe einer alten Papierfabrik, wie es sie noch zu Hunderten gibt, so finden uns schon von weitem der Gestank eines vorläufiglichen Dampfenwerks entgegen. Wer nicht allzuempfindlich für derartige Unbehagen ist, mag es versuchen, einer Straße in ein solches Eldorado zu schauen. In engen dunklen Räumen, von Hitze und Feuchtigkeit durchzogen, stehen Maschinen aus grauer Vorzeit, die aber mit dem schnellen Gang der modernen Maschinen belastet werden, um auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter eine möglichst große Produktion herauszuknurren. Ist kommt es im Winter vor, daß in solchen Räumen ein derartiger Dunst herrscht, daß man seinen Nebenraum mit der Laterne suchen muß. Zur Sicherheit der Arbeiter trägt das gewiß nicht bei. Durch allerlei Bauart und Fliderei sind diese Karren in einen Zustand gekommen, daß man sich oft wundert, wie überhaupt noch ein geheimer Bogen fertig wird. Daß hier die lebenden Leute keine Pfalmen fingen, ist leicht begreiflich, und wenn das Fluchen wirklich eine Gottesstrafe nach sich zieht, hat kein Papierwörter Unvorsichtigkeit auf den Himmel. Die Wöhne sind in solchen „Hölle“ niedrig. Meist werden zahlreiche Ueberstunden gemacht, um den Lohn etwas höher zu bringen. In ganz vernagelten Gebäuden lösen sich die Arbeiter nach von 12—12 Uhr ab, und neben den Ueberstunden noch Feldarbeit verrichten zu können. Daß ein Mensch, der regelmäßig nachts 12 Uhr aus dem besten Schlaf muß, nicht arbeiten kann, ohne seine Gesundheit zu ruinieren, leuchtet diesen Leuten nicht ein. Auch gegen die 18stündigen Schichten haben sie keine Bedenken. Mit Hilfe der Organisation höhere Wöhne zu erringen, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Bei der Arbeitszeit ist ihnen auch gar keine Gelegenheit gegeben, ohne den Schlaf zu veräuern, irgendwo an einer Beratung oder Versammlung teilzunehmen zu können. Daß diese Leute nicht für die Organisation zu gewinnen sind, hat die Erfahrung gelehrt. Für die Unternehmer wären sie aber Goldboden, wenn nicht ihre Leistungen weit hinter denen der intelligenten Arbeiterklasse zurückblieben.

Betreten wir nun eine der großen Neuanlagen, wie sie in letzter Zeit in Deutschland entstanden sind. Hier macht schon das Neuhere ein vertrauensverweckendes Eindrud. In großen hellen Räumen, welche mit moderner Entneblungsanlage und Hebeanlagen versehen sind, laufen im ruhigen Gange die Maschinen. Infolge der elektrischen Antriebe fällt das nervenschütternde Rädergerassel fort, welches an alten Maschinen besteht. Die Geschwindigkeiten, mit welchen diese Rotosche arbeiten, bedingen eine strengere Ausführungsvorrichtung als an den alten verbaute Karren. Dadurch werden viele Unfälle verhütet. Daß eine bleibende Arbeiterklasse hier die Hauptbedingung ist, haben auch umsichtige Unternehmer eingesehen, und der Arbeiter ist es dadurch eher möglich, Vorteile für sich zu erreichen. Das Zusammenarbeiten in solchen Betrieben hat denn auch dazu geführt, für die Organisation einen Stamm zu schaffen. Wohl gibt es auch hier noch viel zu tun, denn Wöhne von 3,50 Mk. und 4 Mk. sind für die verantwortungsvolle Arbeit noch nicht ausreichend, aber man sieht hier Anstöße zur Besserung. Fragen wir aber heute einen solchen Kollegen mit dem wir vor Jahren in irgendeiner „verheißungsvollen“ Bude zusammen gearbeitet haben, so werden wir sicher hören, daß er eine gewisse Abneigung hat, wieder an eine alte Maschine zu gehen. Wir haben also gar keinen Grund, die modernen Maschinen zu fürchten, nur müssen wir dafür sorgen, daß mit den modernen Maschinen auch ein moderner Geist in den Papierfabriken einzieht.

Statt sich gegen die Steigerung der Produktion durch Einführung neuer Maschinen zu wehren, sollten die Kollegen lieber Front machen gegen die Steigerung auf Kosten ihrer Arbeitskraft. Dann würden sie sich um der gesamten Arbeiterklasse in Papierfabriken nützen.

Ein alter Papierer.